

Heft des Handelns

Tätigkeitsbericht 2011



Bundesverband
Selbsthilfe
Körperbehinderter e.V.



Vorwort des Bundesvorsitzenden

Liebe Leserin, lieber Leser,

auch im vergangenen Jahr 2011 hat sich der Bundesverband Selbsthilfe Körperbehinderter e.V. wieder mit vielfältigen Aktivitäten für Menschen mit Behinderung eingesetzt. Was der Verband mit seinen vielen Untergliederungen im Einzelnen geleistet hat, lesen Sie beispielhaft in diesem „Heft des Handelns“.

Dieser Tätigkeitsbericht spiegelt gleichzeitig wider, wie die Spenden und Mitgliederbeiträge satzungsgemäß verwendet wurden. So verstärkte der BSK z. B. die sozialpolitische Arbeit in Berlin, aber auch auf Landes- und auf kommunaler Ebene. Ein wichtiges Thema war dabei die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK), deren schleppende Umsetzung für viel Unmut unter Betroffenen sorgte und auch weiterhin ein Stein des Anstoßes, aber gleichzeitig ein wichtiges Thema für den BSK sein wird. Nicht zu vergessen die Arbeit der Untergliederungen vor Ort, die durch Aktivitäten von der Beratung Betroffener über barrierefreie Reisen bis hin zu Protestaktionen reicht.

Der Verband war auch weiterhin in vielen Gremien und auf vielen Veranstaltungen vertreten und somit maßgeblich daran beteiligt, dass die Belange behinderter Menschen mehr ins Bewusstsein politischer Entscheidungsträger und der breiten Öffentlichkeit gerückt werden. Dies geschah z. B. auf diversen Veranstaltungen der Reihe „BSK im Dialog“, auf denen BSK-Mitglieder mit Vertretern politischer Parteien über aktuelle sozialpolitische Themen wie Pflege und UN-BRK diskutierten. Aber auch durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit mit diversen Publikationen sowie durch regionale und lokale Aktionen vertrat der BSK die Interessen Betroffener, z. B. anlässlich des jährlichen Protesttages am 5. Mai.

2011 war auch das erste Jahr, in dem der neue Vorstand seine Tätigkeit aufnahm und gleichzeitig mein erstes Jahr als neuer Bundesvorsitzender. Die BSK-Mitglieder und Unterstützer haben dafür gesorgt, dass dies ein erfolgreiches Jahr der Zusammenarbeit war, aber dennoch gibt es weiterhin viel zu tun, um die Interessen behinderter Menschen weiter voranzubringen. Dazu sind wir auf Ihre Unterstützung angewiesen. Bitte bleiben Sie uns verbunden! Und nun wünsche ich Ihnen viel Spaß beim Lesen dieses Tätigkeitsberichtes.

Hannover, im Juli 2012



Ihr Gerwin Matysiak, Bundesvorsitzender

Vorwort des Vorsitzenden der Delegiertenversammlung

Liebe Leserinnen und Leser,

die Delegiertenversammlung hat sich in diesem Jahr wieder mit ihren satzungsgemäßen Aufgaben beschäftigt. Neben der Genehmigung der Bilanz 2010 und der Vorstellung des Tätigkeitsberichtes hat sie den Bundesvorstand für seine Arbeit einstimmig entlastet.

Da die Wahlperiode der Delegiertenversammlung im Jahr 2011 zu Ende ging, gab es noch wichtige Weichenstellungen für die anstehende Wahl im Jahr 2012. Die Wahl- und Geschäftsordnung der Delegiertenversammlung wurde an die aktuelle Satzung angepasst und verabschiedet. Dies war notwendig, damit im Jahr 2012 die Wahlen widerspruchsfrei abgehalten werden können und die neue Delegiertenversammlung sich problemlos konstituieren kann. Hervorheben möchte ich, dass aufgrund dieser Änderung die Delegiertenversammlung mehr Teilnehmer haben wird, da sich die Zusammensetzung entsprechend den Mitgliederzahlen in den einzelnen Bundesländern widerspiegelt.

Auf der Delegiertenversammlung 2011 in Duderstadt wurde auch Rückschau gehalten, wie sich die politische Arbeit in Berlin seit dem Neustart 2010 entwickelt hat. Hier hat der sozialpolitische Referent Maik Nothnagel sein Arbeitsfeld umrissen und einzelne Ergebnisse dargestellt. Ziel ist es hier, dass der BSK in Zukunft auf politische Themen nicht reagiert, sondern im politischen Feld agiert und einzelne Schwerpunkte setzt. Einige Ergebnisse und Tätigkeiten werden in diesem Tätigkeitsbericht anschaulich dargestellt.

Ich bin mir sicher, dass sich auch die neue Delegiertenversammlung für dieses Ziel einsetzen wird, damit der BSK weiterhin zum Wohle von Menschen mit Behinderung agieren kann.

Bad Essen, im Juli 2012

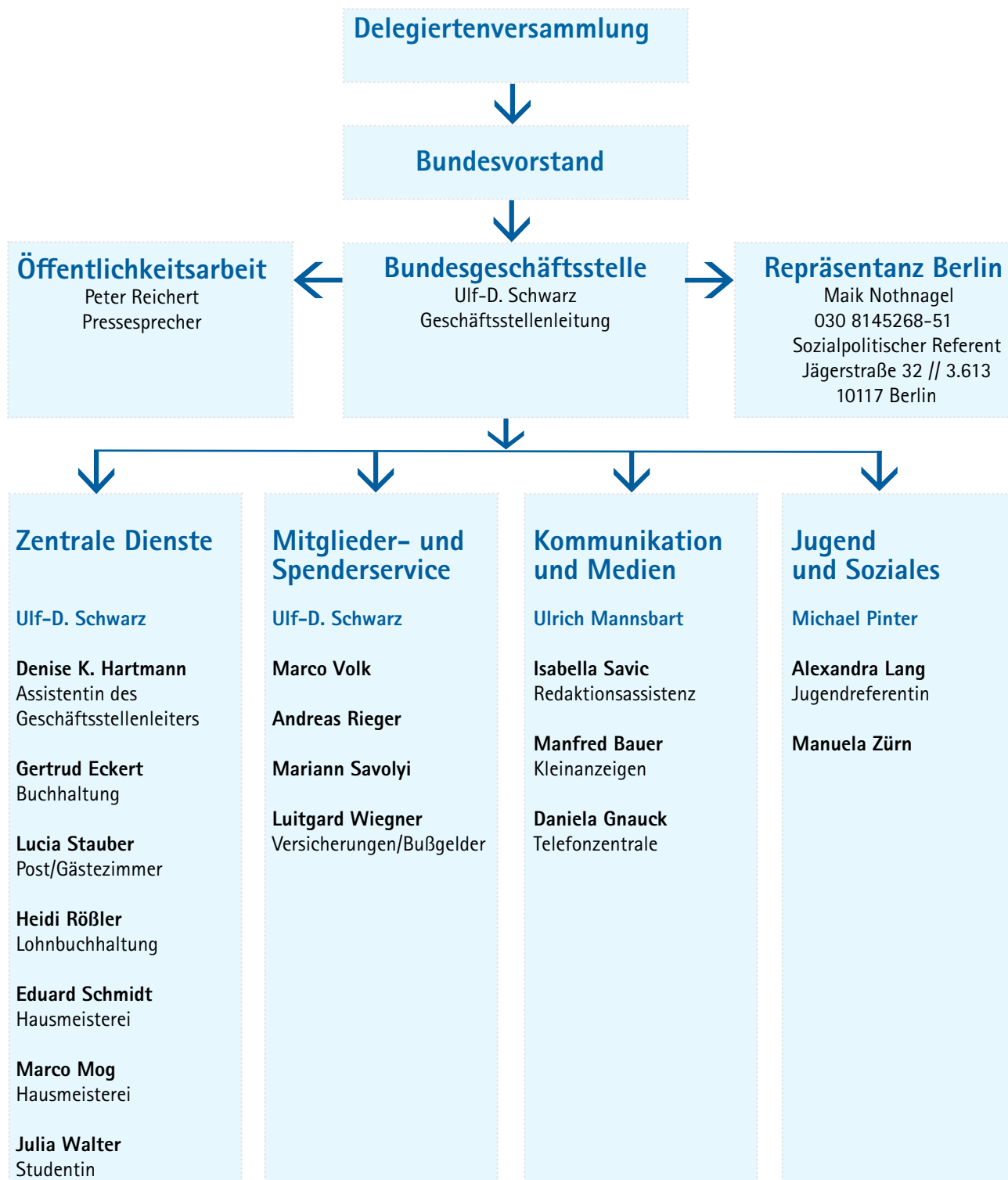


Ihr Gerd Strobach, Vorsitzender Delegiertenversammlung

ORGANIGRAMM

Bundesverband Selbsthilfe Körperbehinderter e.V.
Altkrautheimer Str. 20, 74238 Krautheim

Telefon: 06294 4281-0, Fax: 06294 4281-79
E-Mail: info@bsk-ev.org, Internet: www.bsk-ev.org



1 STRUKTUR UND ORGANISATION

1.1 Organe

Der Bundesverband Selbsthilfe Körperbehinderter e.V. ist ein in das Vereinsregister Nr. 154 beim Amtsgericht Künzelsau eingetragener Verein.

Er ist gemäß des Freistellungsbescheides des Finanzamtes Öhringen vom 1. März 2012 als mildtätiger Verein anerkannt und besteht aus folgenden Organen:

- **Bundesausschuss**
- **Delegiertenversammlung**

1.2 Bundesausschuss



Gerwin Matysiak
Bundesausschussvorsitzender



Anita Reichert
Stellv. Bundesausschussvorsitzende



Kati Stephan
Stellv. Bundesausschussvorsitzende



Friedrich Zumbusch
Schatzmeister



Andreas Brandenburger
Vorstand



Bernhard Endres
Vorstand



Karl Finke
Vorstand



Helmut Fleig
Vorstand



Verena Gotzes
Vorstand



Roland König
Vorstand



Jana Treffler
Vorstand

1 STRUKTUR UND ORGANISATION

1.3 Delegiertenversammlung

Die Delegiertenversammlung besteht aus folgenden Vertreter/innen:

Gerd Strombach (Vorsitzender), Peer Maßmann (stellvertretender Vorsitzender), Gisela Fischer, Michael Gesk, Hildegard Gramatzky, Hendrik Grützner, Artur Klemm, Matthias Krasa, Andreas Martin, Helga Pflichtenhöfer, Romy Pötschke, Anita Pützkühl-Schöberlein, Erika Schmidt, Ilse Walker, Yvonne Wirth



Mitglieder der Delegiertenversammlung in Duderstadt

und folgenden Ersatzvertretern und Ersatzvertreterinnen:
Helmut Gössling, Wilfried Kutter, Ernst-Helmut Matschke, Reinhard Neubauer, Sigrid Teschner, Reinhold Weß, Joachim Weiß, Heike Witsch

1.4 Geschäftsstellenleiter

Ulf-D. Schwarz ist seit 30. September 2008 Geschäftsstellenleiter in der Krautheimer BSK-Zentrale. Ihm wird die Erledigung der laufenden Geschäfte übertragen. Der Geschäftsstellenleiter hat Handlungsvollmacht nach § 30 BGB.



Ulf-D. Schwarz

1.5 Aufgaben

1.5.1 Aufgaben des Bundesvorstandes

Zu den Aufgaben des Bundesvorstandes gehören insbesondere:

- die praktische Umsetzung der von der Delegiertenversammlung für das Geschäftsjahr beschlossenen Aufgaben, Ziele und Maßnahmen,
- Reaktion auf aktuelle nationale und internationale sozial-, gesundheits- und behindertenpolitische Entwicklungen,

auf Vorhaben bzw. Maßnahmen von Bundestag, Bundesrat, Bundesregierung, der Landesregierungen und kommunalen Spitzenverbänden, auf Maßnahmen der Träger der Rehabilitation und weiterer, die Lebenssituation körperbehinderter Menschen beeinflussender Institutionen entsprechend den in der Satzung und in weiteren Vereinsdokumenten festgelegten Zielstellungen,

- die Erarbeitung und Aktualisierung einer Vereinsordnung, die das Zusammenwirken von Bundesvorstand, Geschäftsstelle, Untergliederungen und Experten festlegt,
- in Abstimmungen mit dem jeweiligen Landesverband/der Landesvertretung Kontaktstellen einzurichten und Landesvertreter/innen sowie Experten/innen zu berufen und abzu-berufen,

- ständige oder zeitweilige Ausschüsse, Arbeitsgruppen und/oder Projektgruppen zur Realisierung der Vereinsziele einzusetzen, ihre Aufgabenstellungen zu definieren und die Mitglieder dieser Gremien zu berufen und abzu-berufen,

- Festlegung der in der Geschäftsstelle zu bearbeitenden ständigen Aufgabenkomplexe oder zeitweiliger Schwerpunktaufgaben, Kontrolle der Erfüllung, Bestätigung des Stellenplanes und des Tätigkeitsberichtes der Geschäftsstelle,
- Ausarbeitung bzw. Veranlassung der Ausarbeitung und Bestätigung der Dokumente für die Delegiertenversammlung, insbesondere des Tätigkeitsberichtes, der Bilanz, des Arbeitsprogramms für das Folgejahr, des Wirtschaftsplans für das Geschäftsjahr, erforderlicher innerverbandlicher Regelungen und der Beschlussvorschläge; Teilnahme mit beratender Stimme an der Delegiertenversammlung,

- Abschluss/Aufhebung/Kündigung von Arbeitsverträgen des BSK oder seiner Tochtergesellschaften in der Geschäftsführer- und Abteilungsleiterenebene,

- Entscheidung über die Aufnahme, die Streichung und den Ausschluss von Mitgliedern,

- Wahrnehmung der Gesellschafterinteressen bei seinen Tochtergesellschaften.

1.5.2 Aufgaben der Delegiertenversammlung

Die Delegiertenversammlung ist das Aufsichtsgremium des BSK e.V. und für die Kontrolle der Einhaltung der satzungsgemäßen Ziele verantwortlich.

- Satzungsänderungen. Der Bundesvorstand wird jedoch ermächtigt, solche Satzungsänderungen, die von einer Aufsichts-, Gerichts- oder Finanzbehörde zur Auflage gemacht werden, eigenständig vorzunehmen. Über diese Änderungen sind die Delegierten unverzüglich zu informieren.

- die Beitragsordnung,

1 STRUKTUR UND ORGANISATION

- c) eine Geschäftsordnung, die die Zusammenarbeit des Bundesvorstands mit und die Befugnisse des vertretungsberechtigten Bundesvorstands und der Geschäftsstelle regelt,
- d) den Erlass von sonstigen Vereinsordnungen,
- e) Aufnahme oder Beendigung der Mitgliedschaft in anderen Vereinigungen/Organisationen,
- f) Entgegennahme des Jahresberichtes und der Bilanz, Entlastung des Bundesvorstandes und Bestellung eines Wirtschaftsprüfers nach §13 dieser Satzung auf Vorschlag des Bundesvorstands,
- g) Bestätigung des Arbeitsprogramms, Genehmigung des Wirtschaftsplans, Beschlüsse zu weiteren Grundsatzfragen,
- h) Wahl/Abwahl des Bundesvorstands bzw. einzelner Vorstandsmitglieder,
- i) abschließende Entscheidung über die Ablehnung der Aufnahme bzw. den Ausschluss von Mitgliedern,
- j) Berufung/Abberufung von Ehrenmitgliedern des Vereins,
- k) Entscheidung über die Auflösung des Vereins (§14).

vertretungsberechtigte Bundesvorstand nach § 26 BGB eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 160,00 Euro erhält.

In der Sitzung vom 29. bis 31. Oktober 2010 wurde beschlossen, dass der erweiterte Bundesvorstand ab dem Jahr 2011 eine halbjährliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 115,00 Euro erhält.

Insgesamt betragen die Aufwandsentschädigungen im Jahr 2011 8.970,00 Euro.

Außerdem erhalten alle ehrenamtlichen Organe ihre Reisekosten nach der gültigen BSK-Reisekostenregelung erstattet.

1.5.3 Aufgaben des Geschäftsstellenleiters

Die Aufgaben des Geschäftsstellenleiters umfassen:

- a) Die Führung der laufenden Geschäfte. Ihm kann nach § 30 BGB Vertretungsvollmacht erteilt werden.
- b) Die Teilnahme mit beratender Stimme an der Delegiertenversammlung und den Vorstandssitzungen.
- c) Die Erstellung des Jahresabschlusses bis zum 30. Juni des Folgejahres und die Vorlage des Entwurfs von Haushalt- und Stellenplan bis zur ersten Sitzung des Vorstandes im laufenden Jahr.

Daneben übernimmt er die Leitung der Abteilungen Zentrale Dienste und Mitglieder-/Spenderservice und ist Disziplinarvorgesetzter für alle Mitarbeiter/innen der Geschäftsstelle.

1.6 Wahl der Organe

- Die Wahlperiode der Delegiertenversammlung endet zum 31.12.2011. Im Frühjahr 2012 werden die Wahlen zur neuen Delegiertenversammlung stattfinden.
- Die Wahlperiode des Bundesvorstandes dauert von 2011 bis 2014.

1.7 Vergütungen

1.7.1 Ehrenamtliche Mitarbeiter/innen

Die Delegiertenversammlung hat in ihrer Sitzung vom 30. Oktober bis 1. November 2009 beschlossen, dass der

1 STRUKTUR UND ORGANISATION

1.7.2 Hauptamtliche Mitarbeiter/innen

Die Arbeit aller Mitarbeiter/innen sowie des Geschäftsstellenleiters wird nach den AVB (Arbeitsvertragsbedingungen des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband Gesamtverband e.V.) vergütet.

Der Geschäftsstellenleiter ist in die Gruppe H3 eingegliedert und zu 85 % beschäftigt. Im Jahr 2011 waren 24 Mitarbeiter/innen (15,03 Vollkräfteanteil) angestellt, davon 8 Mitarbeiter/innen (3,22 VK) mit einer anerkannten Schwerbehinderung und eine Auszubildende.

Personalstatistik BSK e.V. 2011

Abteilung	Beschäftigungsverhältnis			Geschlecht		Behinderung			Migrationshintergrund	
	Vollzeit	Teilzeit	VK	männlich	weiblich	ja	nein	VK (ja)	ja	nein
Leitung	0	1	0,85	1	0	0	1	0	0	1
Zentrale Dienste	2	5	4,21	2	5	2	5	0,18	2	5
Mitglieder- und Spenderservice	2	2	2,63	2	2	1	3	0,5	0	4
Kommunikation & Medien	2	3	3,37	3	2	2	3	0,75	0	5
Jugend & Soziales	2	2	2,93	2	2	1	3	0,8	0	4
Aushilfskräfte	0	1	0,06	0	1	0	1	0	0	1
Auszubildende	2	0	1	0	2	2	0	1	0	2
GESAMT	10	14	15,03	10	14	8	16	3,22	2	22
Vorjahr	8	14	14,01	8	14	7	15	3,22	2	20

Kranktage 2011 (2010): 237 (192)

Legende: VK = Vollzeitkraft

Das Durchschnittsalter der Mitarbeiter/innen beträgt im Jahr 2011 41,3 Jahre. Die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit, berechnet zum 31.12.2011, ergibt 9,43 Jahre.

1 STRUKTUR UND ORGANISATION

1.8 Tochtergesellschaften des BSK e.V.

Die Tochtergesellschaften des BSK e.V. sind:

- Eduard-Knoll-Wohnzentrum GmbH
- BSK Service GmbH
- Krautheimer Werkstätten für Menschen mit Behinderung gem. GmbH

Alle Tochtergesellschaften sind als gemeinnützig anerkannt.

1.9 Untergliederungen des BSK e.V.

Der BSK e.V. hat in elf Bundesländern eine Landesvertretung bzw. einen Landesverband:

- Baden-Württemberg
- Bayern
- Berlin-Brandenburg
- Hessen
- Niedersachsen
- Nordrhein-Westfalen
- Rheinland-Pfalz
- Saarland
- Sachsen
- Schleswig-Holstein
- Thüringen

Daneben hat er als Bereiche und Kontaktstellen noch weitere ca. 110 Untergliederungen.

1.10 Beziehungen zu anderen Organisationen

1.10.1 Mitgliedschaften

Der BSK e.V. ist Mitglied bei folgenden Organisationen:

- DPWV Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband Gesamtverband e.V., Berlin
→ Vorlage und Prüfung der Bilanz
- Deutscher Spendenrat e.V., Berlin → Vorlage der Bilanz und Prüfung der Einhaltung der Selbstverpflichtungserklärung
- BAG Selbsthilfe, Düsseldorf
- Bundeskompetenzzentrum Barrierefreiheit (BKB), Berlin
- ForseA, Muldingen
- Deutsche Vereinigung für Rehabilitation e.V., Heidelberg
- Creditreform, Heidelberg
- DRS Deutscher Rollstuhl-Sportverband e.V., Duisburg
- DJH Deutsches Jugendherbergswerk, Detmold

- NatKo e.V., Düsseldorf
- DIGEV Deutsche Interessengemeinschaft für Erbrechen und Vorsorge e.V., Angelbachtal
- Heimat-Kulturverein, Krautheim

1.10.2 Kooperationen

Der BSK e.V. kooperiert in verschiedenen Themenbereichen mit anderen Organisationen:

- Interessengemeinschaft Selbstbestimmt Leben (ISL), Berlin
→ Projekt „Sensibilisierung von Ärztinnen und Ärzten für einen barrierefreien Praxisalltag“
→ Schulung „Mehr Partizipation durch mehr Information“ in München
- Gesellschaft zur Förderung des integrativen Sports (gG-FiS), Elzach → Projekt „Mobilitätstrainingskurs“

Mit dem Bundesverband für körper- und mehrfachbehinderte Menschen e.V. (bvkm.) und dem Deutschen Rollstuhl-Sportverband e.V. (DRS) fanden im Jahr 2011 intensive Kooperationsgespräche statt, die im Jahr 2012 zu konkreten Vereinbarungen führen sollen.



2 BUNDESVERBAND



Rollstuhltraining in Klepsau in der Andreas-Fröhlich-Schule

2.1 Jugend & Soziales

2.1.1 Jugendarbeit

Rollstuhltraining (gGFis)

Seit 2008 besteht eine Kooperation zwischen dem BSK e.V. und der gemeinnützigen Gesellschaft zur Förderung des in-



Teamarbeit im Rollstuhltrainingskurs

tegrativen Sports (gGFis). 2011 wurde ein Rollstuhlsporttag in Klepsau veranstaltet. Die Teilnehmenden bekommen im Kurs maßgeschneiderte Übungen vermittelt, um die individuellen Fähigkeiten im Umgang mit dem Rollstuhl zu verbessern. Dabei werden verschiedene Situationen, wie z. B. das Überwinden von Bordsteinkanten oder das Fahren auf unebenem Untergrund, trainiert. Die Teilnahmegebühr für ein Trainingswochenende beträgt für Nicht-BSK-Mitglieder



Ehrenamtlicher Einsatz während der Spielmobil-Veranstaltung

75 Euro und für BSK-Mitglieder 60 Euro. Zum Kurs in Klepsau kamen vier Familien. Dem BSK-Mitglied wurde der Teilnehmerbeitrag um 15 Euro ermäßigt. Der zur Verfügung stehende Härtefallantrag wurde nicht gestellt. Weiterhin steht das Angebot an die Untergliederungen des BSK, ein individuell angepasstes Rollstuhltraining vor Ort anzubieten, was leider nicht in Anspruch genommen wurde.

BSK-Spielmobil für alle

Das BSK-Spielmobil ist ein Geräteparcours für Kinder mit und ohne Behinderung, mit dem Körpererfahrungen gemacht und Bewegungsabläufe trainiert werden können. Die Spielraum- und Ablaufgestaltung lässt zahlreiche Möglichkeiten zu: vom freien Spielen bis zu Wettbewerben an Stationen. Üblicherweise ist das Spielmobil mit zwei Personen besetzt. Für jedes Gelände, für innen und außen, ist Material vorhanden, was auch einen flexiblen Einsatz vor Ort kurzfristig zulässt.

Mit dem BSK-Spielmobil lassen sich neben Veranstaltungen aller Art auch Workshops und Fortbildungen in den Bereichen Therapie, Pädagogik, Motorik und Sport im Allgemeinen umsetzen. In allen Spielgeräten steckt ein innerer Aufforde-



Der Spielmobil-Parcours kommt bei Kindern gut an

rungscharakter, der nicht verbal oder visuell von außen an die Zielgruppenmitglieder herangetragen werden muss. Dies gilt auch für den Geschicklichkeitsparcours, der als Test- und Trainingsparcours auch für schwerst- und mehrfach behinderte Menschen durch modulare Ergänzungen im Bereich der taktilen Wahrnehmung nutzbar ist.

Seit 2010 besitzt der BSK ein eigenes Spielmobil. Es kann von Untergliederungen des BSK, aber auch von anderen Einrichtungen, Institutionen und Firmen ausgeliehen werden. Im letzten Jahr war das Spielmobil insgesamt 20 Mal im Einsatz, u. a. bei der EJF-Tour in Berlin oder auch bei der 5. Mai-Aktion in Bonn auf dem Münsterplatz. Für 2012 liegen bereits zahlreiche Anfragen vor.

Selbstverteidigung (Kae-In-Sog-In)

Seit 2009 besteht eine Kooperation mit dem Team von Kae-In-Sog-In. Horst M. Kohl, Gründer von Kae-In-Sog-In („Vielfalt“), hat das Angebot der Selbstverteidigung für Rollstuhlfahrer/innen und Menschen mit Körperbehinderung aus unterschiedlichen Kampfsportarten selbst entwickelt und die Übungen dabei auf die einzelnen Behinderungsarten abgestimmt. Teilnehmen können bis zu zwanzig Interessierte jeden Alters, mit oder ohne Behinderung. Ziel des Selbstverteidigungsteams ist es, Menschen mit Körperbehinderung zu zeigen, dass sie sich wehren können. Das Training umfasst also nicht nur Selbstverteidigungstechniken, sondern stärkt zusätzlich die Selbstbehauptung und das Selbstbewusstsein. Im Jahr 2011 fand kein Selbstverteidigungsseminar statt. Für das Jahr 2012 liegen bereits einige Anfragen aus den Untergliederungen vor.

FSJ beim BSK e.V.

Seit September 2009 hat der BSK für die Abteilung „Jugend & Soziales“ eine FSJ-Stelle. Das FSJ-Jahr geht in Baden-

Württemberg immer von September bis August des Folgejahres. Nach Pia Joseph fand sich im September 2010 mit Özgür Vural der zweite FSJ'ler in der Geschäftsstelle des BSK ein. Die Aufgaben umfassen die Koordination und Teilnahme an Rollstuhltrainingskursen, Begleitung der Spielmobileinsätze, die Teilnahme an BSK-Veranstaltungen wie dem Reiseassistenz-Workshop, die Mitarbeit an BSK-Projekten wie der „Kleinen Galerie“, Mitgestaltung der Jugendseiten der Verbandszeitschrift LEBEN&WEG, die Zusammenstellung des Jugendnewsletters und das Aktualisieren der Jugendseiten auf der BSK-Homepage.

Jugendnewsletter „Flüstertüte“

Seit 2010 wird der Jugendnewsletter jedes Quartal an alle Untergliederungen und Interessierte versandt. Es werden Themen zu folgenden Rubriken vorgestellt: Politik & Recht; Natur & Umwelt; Gesundheit; Schule & Studium; Spiele, Spaß und mehr; Wettbewerbe; Events sowie Aktuelles vom BSK. Die Newsletter können auch auf der Homepage abgerufen werden. Das Angebot des Jugendnewsletters haben über 700 Interessierte angenommen.



Fortbildungen

Einführungsschulung der Ehrenamtlichen

Am 2. April 2011 fand die Spielmobil-Einführungsschulung für drei neue Ehrenamtliche statt. Die neuen Ehrenamtlichen wurden in den Umgang mit dem Rollstuhlparcours und den Rollstühlen eingewiesen. Zudem wurde das Fahren mit dem Hänger intensiv geübt.

Fahrsicherheitstraining für BSK-Mitarbeiter/innen und Spielmobil-Ehrenamtliche

Am 29. Oktober 2011 wurde in Krautheim ein Fahrsicherheitstraining für BSK-Mitarbeiter/innen und Spielmobil-Ehrenamtliche veranstaltet. Veranstalter war die Gesellschaft für Risiko-Beratung mbH in Detmold. Speziell eingegangen wurde auf das Fahren mit Anhänger, da das Spielmobil mit einem Anhänger transportiert wird. Das Angebot wurde von vier BSK-Mitarbeitern und zwei Spielmobil-Ehrenamtlichen angenommen.

2 BUNDESVERBAND

2.1.2 Beratung und Untergliederungen

Beratung

Im Jahr 2011 wurden direkt in der Geschäftsstelle circa 120 schriftliche Anfragen per Briefpost, circa 250 Anfragen per E-Mail und circa 450 telefonische Anfragen beantwortet. Am häufigsten angefragte Themen waren:

- Tätigkeit/Hilfsangebot des BSK e.V. und Ansprechpartner vor Ort
- Pflege (Pflegestufen, Begutachtung, Pflegehilfsmittel, aktuelle Änderungen im Bereich des SGB XI)
- Kfz-Förderung, Führerschein und Parkausweis (Voraussetzungen/Genehmigung, Finanzierung)
- Grundsicherung/Hartz IV (SGB II/SGB XII)
- Krankenversicherung
- Finanzielle Unterstützung von Menschen in Notsituationen
- Persönliches Budget
- UN-Behindertenrechtskonvention
- Diskriminierung aufgrund einer Behinderung

Untergliederungen

2011 wurden die Untergliederungen des BSK e.V. im Rahmen der Zuwendungsrichtlinien finanziell und ideell (z. B. durch Schulungen und Hilfestellungen bei der Vereinsarbeit) bei ihren Vorhaben unterstützt. Im Jahr 2011 wurde die Arbeit der Untergliederungen mit insgesamt circa 42.000 Euro mittels institutioneller oder Projekt-Förderung unterstützt.

2011 wurden neun neue Kontaktstellen in Weingarten (Baden-Württemberg), Berlin-Lichtenberg und Berlin-Köpenick, Bremen, Kassel (Hessen), Bad Bergzabern und Mainz (Rheinland-Pfalz), Saarbrücken (Saarland) und Elmshorn (Schleswig-Holstein) errichtet.

Die Bereiche Niesky (Sachsen) und Karlsruhe (Baden-Württemberg) lösten sich leider auf. Der BSK wird dort aber weiterhin mit zwei Kontaktstellen vertreten sein.

Der Bereich Bad Kreuznach wurde zum 30. September 2011 eingestellt.

2.1.2.1 Treffen der Vorsitzenden bzw. Leiter/innen der BSK-Landesverbände, Landesvertretungen mit dem Bundesvorstand und dem hauptamtlichen Leitungsteam

Zum Treffen vom 8. bis 10. April 2011 im niedersächsischen Duderstadt fanden sich insgesamt 21 Teilnehmer ein. Es wurde intensiv über Möglichkeiten diskutiert, die bisherigen Mitglieder zu halten und neue Mitglieder hinzuzugewinnen. Themen dabei waren:



Diskussion während des Treffens in Duderstadt

- Bestandsaufnahme Mitgliederentwicklung
- Auswertung Telefonaktion – Befragung der Untergliederungen
- Maßnahmen der Mitgliederwerbung an der Basis
- Maßnahmen der Jugendarbeit an der Basis
- Gemeinsame Ziele bei der Arbeit der Landesverbände und -vertretungen

Sowie als zusätzliche Themen:

- DIN 18070/DIN 32984
- Vorstellung der neuen BSK-Zuschussrichtlinien

Hinsichtlich der erarbeiteten Ergebnisse wurden für deren Umsetzung verbindliche Vereinbarungen getroffen.

2.1.2.2 Bereichsleitertagung

Die Bereichsleitertagung in Duderstadt fand vom 8. bis 10. Juli 2011 in Duderstadt unter dem Motto „Menschen mit Behinderung im Krankenhaus“ statt. Themen waren:

- Auf dem Weg ins Krankenhaus – welche Klinik ist die richtige?
- Patientenrechte im Zusammenhang mit einem Krankenhausaufenthalt (Arzt-, Klinikwahl, Krankentransport, Akteneinsicht etc.)
- Pflege und Assistenz im Krankenhaus



Gesundheitsprävention während der Bereichsleitertagung



Informationsaustausch nach der Schulung

- Präventive Übungen zur Verhinderung oder Verkürzung eines Krankenhausaufenthalts
- Nach dem Krankenhausaufenthalt – wie geht es weiter? (Hilfs- und Beratungsangebote, weiterführende Maßnahmen, Hilfsmittelversorgung etc.)
- Der Weg zum barrierefreien Krankenhaus – best practice – was ist zu beachten
- Was passiert, wenn es passiert ist? Haftungs- und Entschädigungsrecht bei Behandlungsfehlern

Gearbeitet wurde mittels Vorträgen mit der Möglichkeit, Rückfragen zu stellen und anschließend zu diskutieren. Zur Tagung kamen 53 Teilnehmer aus den Bundesländern Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen.

Die Veranstaltung wurde vom Bundesministerium der Gesundheit und der Deutschen Angestelltenkrankenkasse unterstützt.

2.1.2.3 BSK-Experten

Die BSK-Experten sind Experten in eigener Sache: Als selbst betroffene Berater/innen können sie aufgrund ihrer beruflichen Tätigkeit oder jahrelanger Erfahrung wichtige Tipps und Hinweise an Menschen mit Behinderung zu diesen Themengebieten geben: Hilfsmittel, Barrierefreier ÖPNV, Barrierefreies Bauen, Pflege, Barrierefreier Tourismus, Grundversicherung, Hartz IV und Persönliches Budget. Elke Maßmann, Expertin für Pflege, hat ihre Expertentätigkeit zum Jahresende aus persönlichen Gründen eingestellt.

2.1.2.4 Schulungen in Süd- und Norddeutschland

„Peer Counseling – in der Selbsthilfearbeit“ war das Thema der diesjährigen „Schulung Süd“ vom 7. bis 9. Oktober 2011 in Altötting. Dazu fanden sich insgesamt 17 Teilnehmer aus den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Rheinland-Pfalz, Thüringen und Sachsen ein. Barbara Stötzer-Manderscheid und Maik Nothnagel, beide zertifizierte Peer-Counseling Ausbilder (ISL), gaben zunächst einen Überblick über die Entstehungsgeschichte und die Wirkungen des Peer Counseling. Danach wurden Beratungstechniken, Grundlagen der Kommunikation und Problemlösungstechniken theoretisch erklärt und in Beratungssimulationen erprobt. Das Gleiche gilt für den anschließenden Themenblock „Geschlechtsspezifische Beratung – Sensibilisierung, Einführung, Themenfelder und Vernetzung. Die Schulung war gut besucht und schnitt bei der Evaluation auf einer Skala von 1 (sehr gut) bis 5 (mangelhaft) mit 1,3 ab.



Schulung zum Thema Peer Counseling in der Selbsthilfearbeit

Unter dem selben Motto stand die „Schulung Nord“ vom 25. bis 27. März 2011 in Duderstadt bei Göttingen. Zu dieser Schulung fanden sich insgesamt 20 Teilnehmer aus den Ländern Brandenburg, Berlin, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Thüringen und Sachsen ein. Die Schulung war gut besucht und schnitt bei der Evaluation auf einer Skala von 1 (sehr gut) bis 5 (mangelhaft) mit 1,9 ab.

Die insgesamt niedrigeren Teilnehmerzahlen rühren daher, dass bei diesem arbeitsintensiven Thema nur mit Kleingruppen effektiv gearbeitet werden kann und daher die Teilnehmerzahl limitiert war.

2.1.2.5 Behinderung neu denken – Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention

Zu diesem Thema fand im Vorfeld der Schulung Süd eine Schulung vom 6. bis 7. Oktober 2011 in München in Zusammenarbeit mit der Landesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe Bayern, der Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben und der Friedrich-Ebert-Stiftung statt. Den Teilnehmenden aus dem ganzen Bundesgebiet wurde theoretisches Hintergrundwissen über die UN-Behindertenrechtskonvention vermittelt, welches diese in praktischen Übungen wie zum Beispiel Arbeitsgruppen, Workshops und Rollenspielen anwenden konnten.

2.1.2.6 Politische Stellungnahmen

Der BSK wurde im Jahr 2011 um politische Stellungnahmen gebeten. Diese konnten wir nicht alle erfüllen bzw. beantworten. Zu folgenden Themen hat der BSK, mit der Unterstützung der entsprechenden Fachexperten, eine Stellungnahme abgegeben und versucht, die Interessen von Menschen mit Behinderung bei den entsprechenden Vorhaben zu berücksichtigen:

- Fernbusrichtlinie: Änderung des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG)
- Nationaler Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention
- Gesetzentwurf zur sozialen Teilhabe
- Fachgespräch „Auf dem Weg zur barrierefreien Gesellschaft“ der SPD-Bundestagsfraktion
- Patientenrechtegesetz
- Rechte von behinderten und mobilitätseingeschränkten Flugreisenden
- Präimplantationsdiagnostik (PID)
- KMK-Empfehlung „Inklusive Bildung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung in Schulen“
- Versorgungsgesetz
- Aktionsplan der gesetzlichen Unfallversicherung zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung
- Entwurf einer Änderung der Muster-Bauordnung (MBO-E)
- Inklusion durch Kunst & Kultur
- Änderung der Zulassungsempfehlung bei Heilmittelleistungen
- Neufestsetzung der Festbeträge für Hilfsmittel zur Kompressionstherapie
- Stellungnahme zu Art. 29 UN-BRK (Recht auf Wahlen)
- Teilnahme am Aufruf „Arbeitsmarktpolitik für alle“
- Individuelle Rehabilitation in Sozialräumen
- Mitarbeit in der Allianz zur UN-Behindertenrechtskon-

vention (BRK-Allianz)

- Barrierefreie Bankautomaten
- Stellungnahme Qualitätssicherungs-Richtlinien Qualitätsprüfung – QS-Ri QP
- Neugestaltung des Schwerbehindertenausweises

2.1.3 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit Homepage

Im Jahr 2011 wurde die BSK-Seite von 616.738 Besuchern aufgerufen. Durch die Google-Grants/AdWords-Werbung konnten 1.714 Reisekataloge, 1.457 Euro-WC-Schlüssel, 10.236 Gehweg- und Falschparkerkarten, 7.354 ABC-Pflegeversicherung und 757 ABC-Mobilität verschickt werden. Der Gesamtwert der Google-Grants-Kampagne erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um fast das Doppelte auf 435.271,55 \$. Insgesamt 200 Pressenews und BSK-News wurden im Berichtszeitraum veröffentlicht.

Messeteilnahmen

Der BSK e.V. präsentierte sich im Mai 2011 auf der Rehab-Messe in Karlsruhe und im September 2011 auf der REHACARE in Düsseldorf mit einem Infostand. Schwerpunkthemen auf der REHACARE waren barrierefreie Reiseziele, Vorteile einer Mitgliedschaft, BSK-Beratungsangebote, eine



Prospektbörse des BSK auf der REHAB in Karlsruhe

Reiseprospektbörse und Vorträge im Cafe Forum. **Projekte**
Am BSK-Malprojekt „Kleine Galerie“ beteiligten sich über 100 körperbehinderte Kinder aus ganz Deutschland. Aus allen Einsendungen wählte die Jury 13 Gemälde aus. Daraus entstand der Kalender „Kleine Galerie 2012“ zum Thema „Wohin ich schon immer mal reisen wollte...“. Der Kalender wurde im Oktober 2011 an 20.000 Empfänger verschickt.

Sozialpolitische Aktionen

BSK im Dialog

Im Rahmen der politischen Diskussionsrunde „BSK im Dia-

log“ wurden im Jahr 2011 wieder aktuelle politische Themen mit hochrangigen Vertreter/innen der Behindertenpolitik und Mitgliedern des BSK-Bundesvorstandes erörtert.

Podiumsdiskussion mit Dr. Irene Vorholz in Berlin

Das Persönliche Budget, die Eingliederungshilfe und die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention waren Schwerpunktthemen der BSK-Podiumsdiskussion mit Dr. Irene Vorholz, Beigeordnete des Landkreistages, am 11. März 2011 in der Hessischen Landesvertretung in Berlin. Der Einladung des BSK-Bundesvorstandes in die Hessische Landesvertretung folgten über 60 Gäste. Moderator war Karl Finke, BSK-Vorstandsmitglied und Landesbehindertenbeauftragter in Niedersachsen.



BSK im Dialog mit Dr. Irene Vorholz am 11. März 2011 in Berlin

OB Pelgrim im Eduard-Knoll-Wohnzentrum

Im Vorfeld der Landtagswahl besuchte der Schwäbisch Haller Oberbürgermeister Hermann-Josef Pelgrim (SPD) am Freitag, den 18. März 2011 das Eduard-Knoll-Wohnzentrum in Krautheim. Sozialpolitische Themen standen auf der Tagesordnung der Diskussionsrunde mit rund 30 Bewohner/innen. Schwerpunktthemen waren Barrierefreiheit, Arbeitsplätze und Inklusion. Nach Pelgrims Aussage konnte in seiner Stadt bereits vieles umgesetzt werden: „Schwäbisch Hall ist zu einem Drittel bereits komplett barrierefrei“. Des Weiteren wur-



BSK im Dialog mit Oberbürgermeister Hermann-Josef Pelgrim (2. von links)

de in Schwäbisch Hall eine Wohnanlage für Menschen mit und ohne Behinderung in zentraler Lage gebaut. Die Stadt ist darüber hinaus sehr bestrebt, Menschen mit Behinderung einzustellen, anstatt eine Ausgleichsabgabe zu zahlen.

Podiumsdiskussion mit Dr. h.c. Jürgen Gohde: Pflegebedürftigkeitsbegriff „Für Betroffene darf sich nichts verschlechtern“

Die Leistungen aus der sozialen Pflegeversicherung werden je nach Eingruppierung in eine der drei Pflegestufen gewährt. Diese richten sich nach dem Umfang des Hilfsbedarfes, den ein betroffener Mensch im Bereich der Grundpflege und der hauswirtschaftlichen Versorgung hat. Dieses Beurteilungsschema und eine Erweiterung von 3 auf 5 Stufen soll komplett neu gestaltet werden.

Die Definition des Pflegebedürftigkeitsbegriffes war Thema einer Podiumsdiskussion am 2. September 2011 in der Landesvertretung Niedersachsen in Berlin mit Dr. h.c. Jürgen Gohde.



BSK im Dialog mit Dr. h.c. Jürgen Gohde am 2. September 2011 in Berlin

Aktionen am 5. Mai – Europäischer Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung BSK-Aufruf: „Inklusion beginnt im Kopf!“

Auf rund 440 Protestveranstaltungen forderten die Bürger/innen bundesweit die selbstverständliche und gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen. Gemäß dem Motto „Inklusion beginnt im Kopf“ traten sie dafür ein, die UN-Behindertenrechtskonvention endlich umzusetzen.

Auch die BSK-Untergliederungen organisierten zahlreiche Veranstaltungen im Rahmen des Aktionstages. Unter dem Motto „Rettungsschirme für alle!“ fand anlässlich des europäischen Protesttags zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung am 10. Mai 2011 in Berlin eine Demonstration statt.



5. Mai-Aktion: Maik Nothnagel, sozialpolitischer Referent des BSK (mi.), trägt vor dem Bundeskanzleramt in Berlin die Forderungen des Verbandes vor

Veranstalter waren die Initiative „Daheim statt Heim“, der Sozialverband Deutschland und der Berliner Behindertenverband. Auch der BSK e.V. unterstützte diese Protestveranstaltung für die Stärkung der Rechte von Menschen mit Behinderung. Für den Verband nahmen u. a. teil: Ulf-D. Schwarz, Leiter der Bundesgeschäftsstelle des BSK sowie der sozialpolitische Referent Maik Nothnagel.

Rheinland-Pfalz – Podiumsdiskussion „Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention – Auswirkungen auf die Kommunen“

„Wie wirkt sich die UN-Behindertenrechtskonvention auf kommunaler Ebene aus?“ war die Kernfrage der Podiumsdiskussion am 3. Mai 2011 in der Güterhalle in Bernkastel-Kues. Der Einladung von der Leiterin der Landesvertretung des Bundesverbandes Selbsthilfe Körperbehinderter Rheinland-Pfalz und stellvertretenden Bundesvorsitzenden, Anita Reichert, folgten 20 Bürgermeister, zahlreiche Vertreter/innen der Stadt- und Verbandsverwaltungen und BSK-Mitglieder.



5. Mai Aktion: Podiumsdiskussion zum Thema Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention

ARD-Beitrag über barrierefreies Reisen am Bodensee

Im Rahmen der TV-Sendung ARD Ratgeber Reisen wurde der BSK im Mai als kompetenter Verband zum Thema barrierefreie Reisemöglichkeiten vorgestellt.

Sozial-Darlehen-Kampagne

Zur Finanzierung des Neubaus „Betreutes Wohnen“ für 16 schwerstkörperbehinderte Menschen in Krautheim erstellte der BSK eine Google-Adwords-Kampagne und eine Infobroschüre. Die ursprüngliche Idee, mittels Darlehens-Gebern die Baufinanzierung sicherzustellen, stammt noch vom Verbandsgründer Eduard Knoll.

2.1.4 Kommunikation und Medien

Redaktion „LEBEN&WEG“

Allgemeines

Das BSK-Verbandsmagazin LEBEN&WEG erschien 2011 bereits im 50. Jahrgang und ist weiterhin ein maßgebliches Informationsmedium und Sprachrohr von Menschen mit Behinderung. Dies zeigt die Resonanz auf das Heft bzw. auf die Arbeit der Redaktion. Ein wichtiges Arbeitsfeld bilden weiterhin sozialpolitische Themen, um das Profil des BSK in diesem Bereich weiter zu schärfen. Denn die drastischen Reformen der Sozialsysteme verursachen starke gesellschaftliche Veränderungen und bringen – Stichwort Sparmaßnahmen – gerade für Menschen mit Behinderung viele negative Folgen mit sich.

LEBEN&WEG erscheint sechs Mal im Jahr, zum Leserkreis gehören überwiegend BSK-Mitglieder, aber auch politische Entscheidungsträger, Beschäftigte im Gesundheitswesen (z. B. Krankenhäuser, Kliniken, Praxen) und Gewerbetreibende (z. B. Hilfsmittelhersteller).

Titelthemen von LEBEN&WEG waren 2011: Inklusion/Bauen, Wohnen, DIN 18040/Eingliederungshilfe/Hilfsmittel für Kinder/Rollstuhlfahrer im Krankenhaus/UN-Behindertenrechtskonvention.

Inhalt und Gestaltung

Leser betonen immer wieder, dass die vielfältigen Inhalte von LEBEN&WEG ihren Informationsansprüchen in hohem Maße gerecht werden. Das gilt auch für die optische Gestaltung. Stetig wachsende Resonanz finden die Rubriken Auto und Verkehr sowie (Sozial-) Rechtsthemen. Die Heftbeilage „BSK-intern“, in der Untergliederungen von ihren Aktivitäten berichten, erweist sich weiterhin als wichtiges Informationsblatt mit Texten und Fotos von und für BSK-Mitglieder. Hier ist insgesamt ein inhaltlicher Zuwachs zu verzeichnen.



Werbung/Anzeigen

Trotz des im Printbereich schwierigen Anzeigengeschäftes konnte 2011 ein Zuwachs des Erlöses von rund 9.000 Euro erreicht werden, im Gegensatz zu 3.000 Euro im vergangenen Jahr. Als problematisch erweist sich weiterhin der hohe Altersdurchschnitt der BSK-Mitglieder, deren Zahl deshalb kontinuierlich zurückgeht.

Dies wirkt sich auch auf die Auflage aus und begrenzt wiederum das Interesse potentieller Anzeigenkunden, die sich stark an der Höhe der verbreiteten Auflage orientieren.

Kosten/Einsparungen

Da die Produktion der Druckvorstufe von der Redaktion von LEBEN&WEG geleistet wird, lassen sich pro Ausgabe erhebliche Kosten einsparen.

Dasselbe gilt für die EDV-Reparatur-, Installations- und Wartungsarbeiten u. a. Zudem gelang es ab Ausgabe 5/2011, durch die Reduktion des Innenteils von 52 auf 48 Seiten die Druckkosten von LEBEN&WEG um mindestens 1.200 Euro pro Ausgabe zu senken.

Weitere Publikationen/ Drucksachen

Neben LEBEN&WEG und BSK-intern produzierte die Redaktion die BSK-Infobroschüre „ABC Barrierefreies Bauen“ sowie Geschäftspapiere und Banner für die BSK-Untergliederungen. Hinzu kamen diverse Mailings, der BSK-Tätigkeitsbericht sowie Karten und Plakate für verschiedene Anlässe. Zudem lieferte die Redaktion Beiträge für die BSK-Homepage.



2.1.5 Mitglieder- und Spenderservice

Im Jahr 2011 wurden wieder drei Mailings (das Ostermailing, der Kalender „Kleine Galerie 2012“ und das Weihnachtsmailing) versandt, deren Druck und Versand überwiegend die Krautheimer Werkstätten übernahmen.

Eine personelle Veränderung hat ebenfalls 2011 ihre Spuren hinterlassen: Marco Volk ist Ende des Jahres für ein paar Monate in Elternzeit gegangen. Andreas Rieger verstärkt seit Mitte des Jahres den Bereich.

Ostermailing

Über 11.000 Adressen wurden beim diesjährigen Ostermailing „Beratung für Kinder und Eltern mit Behinderung“ angeschrieben. Das Spendenaufkommen war stabil, so dass ein ROI (Return on Invest) von 1,37 EUR erreicht werden konnte (ROI 2009: 1,09 EUR/ROI 2010: 1,54 EUR).

Kalender „Kleine Galerie“

Mit dem Anschreiben zum Thema „Wohin ich schon immer einmal reisen wollte ...“ haben fast 17.000 Interessierte einen Jahreskalender erhalten.

Der Kalender 2012, der von Kindern mit Behinderung gemalt wurde, war wieder sehr gefragt. Dies spiegelte sich auch im diesjährigen ROI wieder, der 3,54 EUR betrug (ROI 2009: 3,25 EUR/ROI 2010: 3,12 EUR).

Weihnachtsmailing

Von den rund 20.000 Personen, denen wir zum Thema „Schenken Sie Nathalie ein Zuhause! – Projekt Betreutes Wohnen“ einen Spendenaufruf schickten, folgten einige Personen unserem Aufruf, so dass der ROI 3,60 EUR betrug (ROI 2009: 3,45 EUR/ROI 2010: 3,47 EUR).

Bußgeldmarketing

Eine feste Größe im Bereich des Mitglieder- und Spenderservice stellt das Bußgeldmarketing dar. Die Mitarbeiterin Luitgard Wiegner ist für diesen Bereich tätig.

Mit einem Mailing mit 9.000 Gerichts- und Finanzamtsadressen, das durch eine Agentur im Frühjahr erstellt wird, sorgten wir dafür, dass wir bereits im 7. Jahr wieder in den meisten Gerichten gelistet sind. Ein zweiter Versand, der deutlich weniger Empfänger umfasste, erfolgte mit der Hausliste im Herbst. Dabei wurden nur Gerichte und Staatsanwaltschaften angeschrieben, die bereits früher eine Zuwendung gewährt haben. Ein großer Teil der in diesem Bereich erzielten Einnahmen, die leider rückläufig waren, werden anteilmäßig an die einzelnen Landesverbände und -vertretungen ausgeschüttet.

2 BUNDESVERBAND

2.1.5.1 Mitgliederstatistik 2011

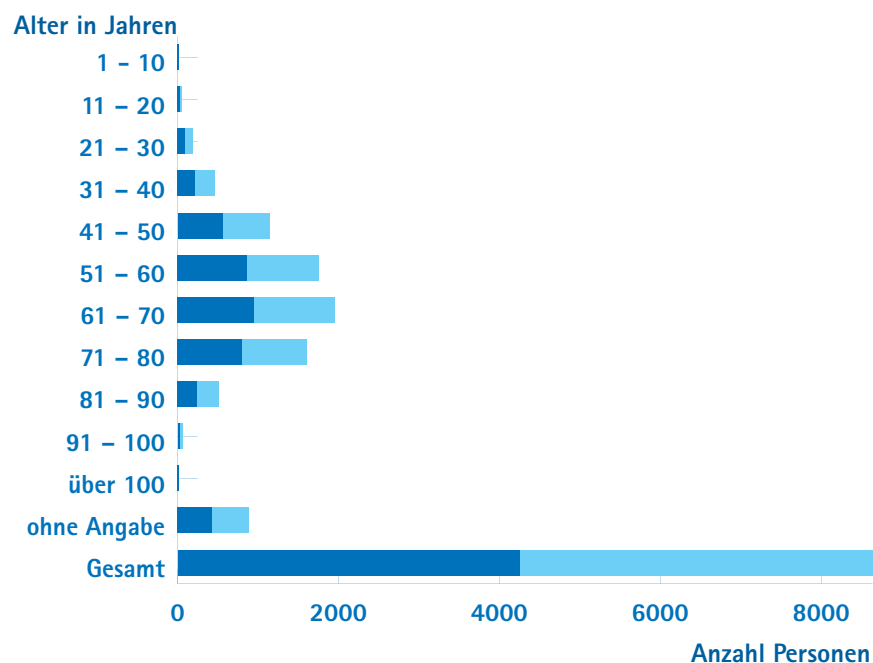
	Neuaufnahmen			Kündigungen			Veränderung der Mitglieder
	2011	2010	Diff. VJ	2011	2010	Diff. VJ	
Baden-Württemberg	43	26	17	71	55	16	-28
Bayern	43	21	22	46	41	5	-3
Berlin	7	3	4	6	4	2	1
Brandenburg	0	0	0	5	1	4	-5
Bremen	1	0	1	0	5	-5	1
Hamburg	0	3	-3	5	3	2	-5
Hessen	15	12	3	9	26	-17	6
Mecklenburg-Vorpommern	3	0	3	1	3	-2	2
Niedersachsen	43	31	12	32	30	2	11
Nordrhein-Westfalen	37	26	11	39	74	-35	-2
Rheinland-Pfalz	17	12	5	12	17	-5	5
Saarland	5	11	-6	1	3	-2	4
Sachsen	24	27	-3	58	81	-23	-34
Sachsen-Anhalt	7	0	7	1	1	0	6
Schleswig-Holstein	6	9	-3	7	8	-1	-1
Thüringen	3	0	3	5	3	2	-2
Ausland	0	0	0	4	1	3	-4
Gesamt	254	181	73	302	356	-54	-48

Kündigungen

Kündigungen	2011	2010	Diff.
Männer	121	154	-33
Frauen	175	198	-23
Familien	0	2	-2
jur. Personen	6	2	4
Sonstige	0	25	-25
Gesamt	302	381	-79

Kündigungsgründe	2011	2010	Diff.
verstorben	114	131	-17
ausgetreten	156	203	-47
gestrichen	32	22	10
unbekannt	0	25	-25
Gesamt	302	381	-79

Altersverteilung 2011 2010



Mitglieder aus den Bundesländern 2011

	Gesamt			Frauen			Männer			jur. Personen u. Familien		
	2011	2010	Diff.	2011	2010	Diff.	2011	2010	Diff.	2011	2010	Diff.
Baden-Württemberg	733	774	-41	339	372	-33	366	379	-13	23	23	0
Bayern	726	726	0	343	351	-8	355	352	3	24	23	1
Berlin	98	98	0	49	53	-4	45	44	1	4	1	3
Brandenburg	35	40	-5	14	15	-1	19	23	-4	2	2	0
Bremen	12	11	1	2	2	0	9	9	0	1	0	1
Hamburg	38	42	-4	19	21	-2	18	20	-2	1	1	0
Hessen	308	310	-2	139	137	2	159	161	-2	9	12	-3
Mecklenburg-Vorpommern	19	17	2	7	5	2	12	12	0	0	0	0
Niedersachsen	401	395	6	187	188	1	200	194	6	13	13	0
Nordrhein-Westfalen	738	745	-7	365	371	-6	332	341	-9	36	33	3
Rheinland-Pfalz	233	232	1	96	97	-1	126	127	-1	10	8	2
Saarland	45	42	3	13	14	-1	27	24	3	4	4	0
Sachsen	844	927	-83	485	547	-62	338	361	-23	18	19	-1
Sachsen-Anhalt	40	33	7	18	15	3	22	18	4	0	0	0
Schleswig-Holstein	91	93	-2	41	44	-3	46	45	1	4	4	0
Thüringen	51	53	-2	21	22	-1	25	25	0	5	6	-1
Ausland	5	8	-3	1		1	4		4			0
Gesamt	4.417	4.546	-129	2.139	2.254	-115	2.103	2.135	2.135	154	149	5



Mitgliedsantrag: Ja, ich möchte Mitglied werden!

Mitglied Mitgliedsbetrag: Einzelmitgliedschaft – 28 Euro Familienmitgliedschaft – 38 Euro

Bereichszuordnung (Ort) Förderer Förderbetrag: Euro

Nachname: Vorname: Titel:

Straße PLZ Ort

Telefon E-Mail:

Geburtsdatum: Behinderung: ja nein Rollstuhlfahrer/in: ja nein

Zahlung: Ich ermächtige den BSK, meinen Beitrag von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom Bundesverband Selbsthilfe Körperbehinderter e.V. auf mein Konto gezogenen Lastschrift einzulösen.

Kontonummer Bankleitzahl:

Bankname: Kontoinhaber:

Datum: Unterschrift:

Eine Einzugsermächtigung spart Kosten: Keine Druck- und Versandkosten wie bei vorgedruckten Überweisungsformularen.

Ja, ich bin damit einverstanden, dass der BSK e.V. meine Adressdaten an die ERGO-Versicherung weiterleitet, um mich über die vergünstigten Tarife der Unfall- bzw. Sterbegeldversicherung zu informieren.

Der BSK e.V. behandelt Ihre personenbezogenen Daten streng nach dem Bundesdatenschutzgesetz. Es werden keine Daten an Dritte weitergeleitet. Unsere detaillierten Datenschutzbestimmungen können Sie im Internet auf unserer Homepage unter www.bsk-ev.org nachlesen. Auf Wunsch senden wir Ihnen diese auch gerne zu.

2 BUNDESVERBAND

2.1.5.2 Ehrungen und Jubiläen

Ehrungen

Irmgard Winkler, die ehemalige stellvertretende Bundesvorsitzende, wurde mit der BSK-Ehrenmedaille, der höchsten Auszeichnung des BSK, für ihr außergewöhnliches Engagement geehrt.

Willi Rudolf wurde für seinen besonderen Einsatz für ein Leben ohne Barrieren mit der BSK-Ehrenmedaille ausgezeichnet. Zudem ehrte ihn das Land Baden-Württemberg für seine besonderen Verdienste mit dem Verdienstorden des Landes. Für ihr überdurchschnittliches ehrenamtliches Engagement wurde Marianne Jordan mit der Ehrenamtsnadel in Gold bedacht.

Doris Lehnert wurde mit der Annen-Medaille des Freistaates Sachsen geehrt.

Folgende BSK-Untergliederungen feierten Jubiläen

- 25 Jahre SK Bad Hersfeld/Homberg e.V.
- 20-Jähriges Bestehen des BSK-Kreisverbandes Körperbehinderter Flöha e.V.
- 20-Jähriges Jubiläum Landesverband Baden-Württemberg
- 20 Jahre Landesverband Selbsthilfe Körperbehinderter Sachsen e.V.
- 50 Jahre Jubiläum Bereich Göttingen
- 20 Jahre Jubiläum Bereich Zschopau
- 30-Jähriges Bestehen der Behindertenkontaktgruppe Memmingen e.V.



Marianne Jordan wurde mit der Ehrenamtsnadel in Gold ausgezeichnet



Die ehemalige stellvertretende Bundesvorsitzende Irmgard Winkler wurde vom Bundesvorsitzenden Gerwin Matysiak mit der BSK-Ehrenmedaille ausgezeichnet



Willi Rudolf, Vorsitzender des Landesverbandes Baden-Württemberg, wurde mit der BSK-Ehrenmedaille geehrt



Der BSK-Bereich Göttingen feierte 2011 sein 50-Jähriges Jubiläum

2.1.6 Zentrale Dienste

Die Abteilung „Zentrale Dienste“ besteht aus den folgenden Bereichen:

- Verwaltung
- Buchhaltung
- Poststelle
- Gästezimmer
- Hausmeisterei
- Immobilien

Die barrierefreien Zimmer des Gästehauses des BSK e.V. wurden im Berichtsjahr durch die Bewohner/innen des EKWZ genutzt. Diese sind für die Dauer der Bauphase des „Betreuten Wohnens“ hier untergebracht. Der seit Ende 2008 zur Verfügung stehende und neu gestaltete Clubraum diente auch im Berichtsjahr wieder als Aufenthalts- und Tagungsraum für die Übernachtungsgäste. Auch wurde er für interne und externe Veranstaltungen genutzt.

Neben dem Gästehaus hat der BSK 28 – davon 26 barrierefreie – Wohneinheiten, die an Privatpersonen vermietet sind (ohne Miet- und Pachtobjekte an die WfB und das EKWZ). Davon sind 20 Wohneinheiten an Menschen mit Behinderung bzw. an eine Schule für körperbehinderte Kinder vermietet. Im 8-Familien-Haus wurden die letzten Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen beendet. Dank der Hilfe von fünf europäischen Freiwilligen des Internationalen Bauordens erstrahlt die Fassade in neuem Glanz.

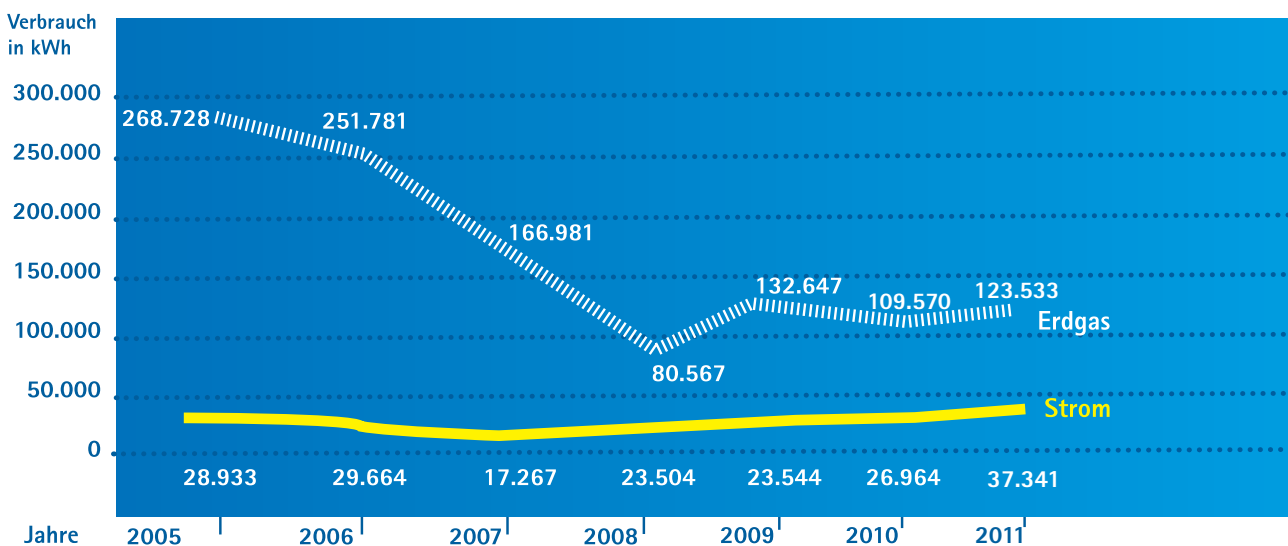
Der Neubau für Betreutes Wohnen auf dem Gelände der „Alten Mühle“ und des ehemaligen Hallenbades hat begonnen und kann bereits im Sommer 2012 bezogen werden.

Die Sanierungsmaßnahme für das Verwaltungsgebäude und Gästehaus im Jahr 2007 (Einbau neuer Fenster, Erneuerung der Gaszentralheizung, Wärmedämmung von Dach und Außenwänden) haben zu einer deutlichen Reduzierung des Energiebedarfs geführt, was mit einer entsprechend hohen Kosteneinsparung verbunden ist.



Das Team vom Internationalen Bauorden half bei Sanierungsarbeiten

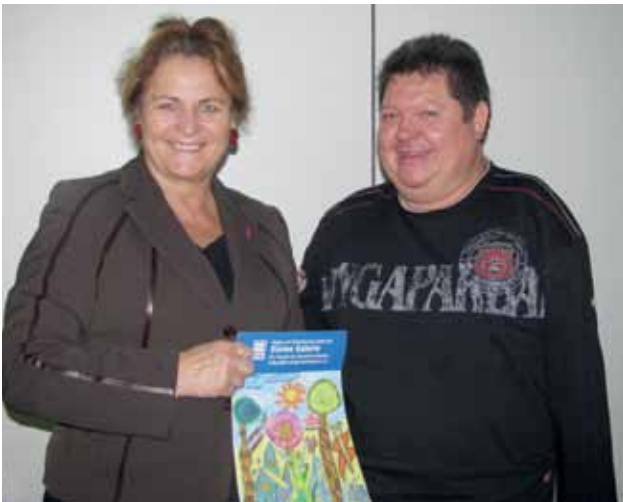
Energieverbrauch 2005 bis 2011



2 BUNDESVERBAND

2.1.7 BSK Repräsentanz Berlin

Nach der erfolgreichen Eröffnung der BSK-Repräsentanz Berlin im Oktober 2010 ging es im Jahre 2011 darum, das Büro mit der behindertengerechten Arbeitsplatzausstattung und der erforderlichen Assistenz aufzubauen. In enger Zusammenarbeit mit der Geschäftsstelle in Krautheim und dem vertretungsberechtigten Vorstand repräsentiert der sozialpolitische Referent Maik Nothnagel den BSK als Lobbyist in Berlin.



Maria Michalk und Maik Nothnagel

Im Vordergrund steht die behindertenpolitische Arbeit. Zu diesem Zwecke wurden viele Veranstaltungen im Berliner Raum besucht. Zeitgleich wurden Kontakte zu Ministerien auf Bundes- und Landesebene, zu Behindertenverbänden, Organisationen, Politiker/innen aller Fraktionen und zur Presse geknüpft, um den vom BSK bundesweit ausgehenden behindertenpolitischen Sachverstand in Berlin zu etablieren und den Bekanntheitsgrad zu erhöhen.

Wichtig waren dabei die in Berlin ausgerichteten Veranstaltungen wie „BSK im Dialog“, Gesundheitspolitik für Menschen mit Behinderung beim Bundesbeauftragten für behinderte Menschen Hubert Hüppe und beim Bündnis 90/die Grünen sowie die Mitarbeit bei der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention durch die SPD Bundestagsfraktion mit dem Ziel, einen Antrag im deutschen Bundestag zu stellen. Außerdem fanden Veranstaltungen zu Mobilität, Sozialwesen und Peer Counseling statt, Weiterbildungen im Peer Counseling in Duderstadt und Altötting. Die BSK-Vertretung arbeitete auch im Gremium des Deutschen Instituts für Menschenrechte

(DIM) beim Thema Gleichbehandlungsrichtlinien mit und nahm an Fachgremien beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) teil.

Dabei ging es um die Erstellung eines neuen Schwerbehindertenausweises und eines neuen Schwerbehindertenberichtes. Zu den Aktivitäten zählten auch die dreimalige Vertretung von Verena Gotzes bei Sitzungen des Deutschen Behindertenrates sowie die Teilnahme am Arbeitskreis Barrierefreie Bankautomaten.

Hinzu kam die ständige Beobachtung der parlamentarischen Arbeit zum Thema Umsetzung der sogenannten Fernbusrichtlinie. Dabei wurde ein besonderes Augenmerk auf die Berücksichtigung und Schaffung von Barrierefreiheit und die Nicht-Ausgrenzung von Menschen mit Behinderung gerichtet. Insgesamt ist es gelungen, die Berliner BSK-Repräsentanz in der Politik, in den Ministerien und Verbänden zu etablieren.

2.1.8 Projektarbeit

Reiseassistenz-Workshop

Gefördert durch Aktion Mensch
siehe 2.3.2



Teilnehmende des Reiseassistenzworkshops üben den Umgang mit dem Rollstuhl

Schulung „Aktiv gegen Diskriminierung: Was Verbände vor Gericht erreichen können“

Der BSK e.V. veranstaltete in Berlin die Schulung „Aktiv gegen Diskriminierung. Was Verbände vor Gericht erreichen können“. Hierbei handelte es sich um eine Folgeveranstaltung der Schulung „Diskriminierungsschutz: Handlungskompetenz für Verbände“, die im letzten Jahr in der BSK-Geschäftsstelle in Krautheim stattfand. Diese Veranstaltung wurde durch Aktion Mensch gefördert.



ABC barrierefreies Bauen

Auf der REHACARE 2011 in Düsseldorf wurde die neue Broschüre ABC barrierefreies Bauen vorgestellt. Auf über 130 Seiten werden wichtige Begriffe der DIN-Norm 18040-1 anhand leicht verständlicher Grafiken und Beispiele erklärt. Jeder mit einem Bauvorhaben kann nach einer kurzen Lektüre Lebensräume gestalten, die ohne fremde Hilfe zugänglich und nutzbar sind. Auch in der Vielzahl von Finanzierungsmöglichkeiten gibt die Broschüre Auf-



schluss darüber, wer Fördermittel erteilt und welche für den Leser in Frage kommen.

Nachdem in den Vorjahren die Finanzierung leider gescheitert war, konnte die Broschüre mit Unterstützung des AOK-Bundesverbandes und mit Werbung verschiedener Firmen finanziert werden.

Sensibilisierung von Ärztinnen und Ärzten für einen barrierefreien Praxisalltag



In einem zweistufigen Projekt, das durch das Bundeskompetenzzentrum für Barrierefreiheit (BKB) gefördert wird, sollen Ärztinnen und Ärzte für einen barrierefreien Praxisalltag sensibilisiert werden. In der ersten Stufe im Jahr 2011 werden Vorgespräche mit Landesärztekammern geführt, um die zweite Stufe im Jahr 2012 vorzubereiten. 2012 werden zum einen Zielvereinbarungen mit Landesärztekammern zur Fortbildung von Ärztinnen und Ärzten abgeschlossen, zum anderen werden bereits erste Schulungen veranstaltet.

Kleine Galerie 2011

Mit dem Mailingprojekt „Kleine Galerie“ beteiligten wir uns zum zweiten Mal an dem von der Deutschen Post ausgeschriebenem Mailingwettbewerb. Leider konnten wir keinen der vorderen Plätze erreichen.



2.2 LANDESVERBÄNDE/LANDESVERTRETUNGEN

2.2.1 Selbsthilfe Körperbehinderter Landesverband Baden-Württemberg e.V.

Das Jahr 2011 stand im Zeichen des 20-jährigen Bestehens unseres Landesverbandes Selbsthilfe Körperbehinderter in Baden-Württemberg e.V. (LSK). Unter dem Slogan „Tourismus für alle“ wurden im ganzen Jahr Veranstaltungen mit dem Schwerpunkt Tourismus durchgeführt, wobei auf attraktive und für Rollstuhlfahrer/innen unübliche Ziele Wert gelegt wurde. Dazu zählten u. a. ein Ausflug ins Biosphärengebiet Schwäbische Alb sowie ein Besuch im UNESCO-



©Klaus Wolf

Ausflug des Landesverbandes Baden-Württemberg zu den Pfahlbauten in Unteruhldingen am Bodensee

Weltkulturerbe Pfahlbauten in Unteruhldingen mit anschließender Bodensee-Rundfahrt. Ein sehr großer Erfolg war die Jubiläums-Festveranstaltung am 16. September 2011 mit einer Festrede des Präsidenten des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes DEHOGA und einer Podiumsdiskussion. Über 150 Gäste nahmen an der Feier teil.

2011 war die Vorstandswahl der LAG SELBSTHILFE Baden-Württemberg, Willi Rudolf wurde weiterhin zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Der Zusammenschluss von über 50 Selbsthilfeorganisationen hat in den letzten Jahren wesentlich in der baden-württembergischen Sozialpolitik



©Willi Rudolf

Am 30. April 2011 erhielt der BSK-Landesvorsitzende die Verdienstmedaille des Landes Baden-Württemberg im Mannheimer Schloss

an Bedeutung gewonnen. Als Vertreter der körperbehinderten Menschen arbeitet der LSK-Vorsitzende Willi Rudolf seit Jahren im Beirat Rehabilitation des Sozialministeriums und im beratenden Expertengremium des Kultusministeriums. Wesentlich war auch im Jahr 2011 die Ernennung von Gerd Weimer zum neuen Landesbehindertenbeauftragten der neu gewählten rot-grünen Landesregierung. Er hat den LSK bereits vor Jahren bei der Novellierung der Landesbauordnung unterstützt und bereits eine weitere Zusammenarbeit zugesagt. Auch 2011 war der Vorsitzende als Referent zu zahlreichen Veranstaltungen in Baden-Württemberg und darüber hinaus geladen, um die Probleme von behinderten Menschen zu erörtern. Das Bündnis des Dachverbandes (DIPB) Barrierefreies Stuttgart 21 wurde unter Mitwirkung, Unterstützung und Begleitung des LSK gegründet. Bezüglich der Probleme werden wir uns zusammen mit anderen Verbänden um eine Verbesserung bemühen. Am 30. April 2011 erhielt der Vorsitzende des LSK die Verdienstmedaille des Landes Baden-Württemberg im Mannheimer Schloss und damit wurde auch die Arbeit des LSK gewürdigt. Der Vorsitzende führte auch ein persönliches Gespräch mit dem Behindertenbeauftragten der Bundesregierung, Hubert Hüppe.

Um die leitenden Mitglieder der einzelnen Untergliederungen und Bereiche des Landesverbandes für ihre öffentlichen Auftritte zu qualifizieren, wurde in Kooperation mit einer erfahrenen Kommunikationstrainerin ein Trainingskonzept erarbeitet und entsprechende Schulungen veranstaltet. Die Öffentlichkeitsarbeit konnte durch Assistenz erfolgreich verbessert werden. Auch der Auftritt im Internet wird laufend aktualisiert. Homepage: www.lsk-bw.de

2.2.2 Selbsthilfe Körperbehinderter Landesverband Bayern e.V.

- Der Landesverband Bayern des BSK ist Träger der Behinderteneinrichtung Haus Hahnenkamm in Heidenheim/Mittelfranken. Die Vorstandschaft arbeitet eng mit der Heimleitung zusammen, um alle anstehenden Probleme zu bewältigen. Ein großes Augenmerk richtete sich auf die Belegungssituation, die in den zurückliegenden Jahren nicht befriedigend war. Auch wurden ein Investitionsplan erstellt und Zuschüsse und Fördermittel beschafft.
- Die Jahreshauptversammlung wurde vorbereitet und abgehalten. Es standen Neuwahlen an, wobei der bisherige Vorstand bestätigt wurde. Der LV war auch auf diversen Veranstaltungen des Bundesverbandes wie Vorstandstreffen oder Bereichsleitertagung vertreten und pflegt weiterhin Kontakt zu Dachorganisationen wie dem Paritätischen, was die Teilnahme an diversen Schulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen einschließt.

2.2 LANDESVERBÄNDE/LANDESVERTRETUNGEN

- Weitere Tätigkeiten waren: Teilnahme an Sitzungen regionaler Selbsthilfegruppen; Kontakte zu Politiker/innen aller Parteien, teilweise per Brief oder auch persönlich; wichtig ist für uns auch eine gute Zusammenarbeit mit dem Bürgermeister der Gemeinde Heidenheim bzw. dem Landrat; Besuch eines Seminars: „Öffentlichkeitsarbeit der Selbsthilfegruppen“; Schreiben von Kommentaren in der regionalen Tagespresse über Probleme von körperbehinderten Menschen, speziell von Rollstuhlfahrer/innen mit öffentlichen Verkehrsmitteln im ländlichen Raum; Planung und Durchführung eines Benefizfußballspiels zwischen einer Landkreisauswahl und den „Altstars“ vom 1. FC Nürnberg zu Gunsten unseres Hauses Hahnenkamm.

Homepage: www.bsk-lvbayern.de

2.2.3 Selbsthilfe Körperbehinderter Landesverband Berlin-Brandenburg e.V.

Zum 1. Januar 2011 nahmen zwei neue Kontaktstellen in Berlin ihre Tätigkeit auf: Für den Bezirk Spandau übernahm Ilka Hannig diese Arbeit und für den Bezirk Köpenick Ramona Schultz. Mitglieder des Landesverbandes Berlin-Brandenburg nahmen regelmäßig an Veranstaltungen „BSK im Dialog“ teil, die der Bundesvorstand organisiert.

Im März besuchten die Ehepaare Matschke und Hannig eine Veranstaltung im Schöneberger Rathaus zum Thema „Umstellungsbegutachtung“ von über 3.000 schwerbehinderten Menschen, die in Wohnheimen der Berliner Behindertenhilfe leben. Am 21. März 2011 nahmen LV-Vorstandsmitglieder teil an der Sitzung der GRÜNEN im Paul-Löbe-Haus zum Thema: „Junge Menschen mit Behinderung: Wege zur Überwindung der Schnittstellenprobleme zwischen SGB VIII und SGB XII.“ Eine Satzungskommission des LV erarbeitete eine neue Satzung, die 2012 verabschiedet werden soll.

Weitere Aktionen und Veranstaltungen, an denen Mitglieder des LV teilnahmen: Mitgliederversammlungen der Landesvereinigung Selbsthilfe Berlin (LVS), in denen Andreas Kuhnert den BSK-Landesverband im Vorstand vertritt; Veranstaltungen des Bundesverbandes, Bereichsleitertagung, Landesvertretertagung, Schulung Nord und Delegiertenversammlung, Rehab in Karlsruhe; Prüfung des neueröffneten Scandic Hotels am Potsdamer Platz auf Barrierefreiheit (trotz kleiner Mängel ist es vorbildlich); BSK-Stand auf dem Tag der offenen Tür in der Körperbehindertenschule Berlin-Lichtenberg und den Gesundheitstagen in Spandau und Köpenick, wo auch Informationen und Erfahrungen mit anderen Verbänden und Organisationen ausgetauscht wurden; guter Kontakt zum Behindertenbeauftragten von Spandau, Thomas Hannig vertritt uns dort auch im Behindertenbeirat. Mitglieder des LV nahmen an einer Aktion im Tierpark Fried-

richsfelde zum Thema: „Ein Schloss für alle“ teil, wo auf fehlende Barrierefreiheit hingewiesen wurde sowie an einer Veranstaltung zum Thema: All inklusive in Berlin-Mitte im November.

Im Oktober nahmen wir – zusammen mit Mitarbeitern des Bundesverbandes – an der Europäischen Freiwilligentour im Sony-Center teil: mit einem Infostand und dem BSK-Spielmobil, Besonderer Gast war Franz Müntefering.

Im Dezember gab es eine Veranstaltung des TÜV („Sicherheit von Rollstuhlfahrern in öffentlichen Verkehrsmitteln und Behindertenfahrdiensten“) und eine in der Saarländischen Landesvertretung auf Einladung der „GRÜNEN“ zum Thema „Barrierefreie Mobilität im Bahnverkehr“, u. a. mit der BSK-Expertin Heike Witsch als Referentin. Ernst-Helmut Matschke wurde in den Behindertenbeirat in Berlin-Mitte gewählt. Ende 2011 veranstalteten wir schließlich unsere Jahresabschlussfeier.

2.2.4 Bremen

Die Kontaktstelle in Bremen wurde zum 1. April 2011 eingerichtet.

2011 konnten mehrere Anfragen telefonisch und per E-Mail beantwortet und Interessenten mit BSK-Publikationen weitergeholfen werden. Hinsichtlich der BSK-Aktion „Fernbusrichtlinie“ wurde der Senat Bremen kontaktiert und der BSK um weitere Unterstützung in dieser Angelegenheit gebeten. Es wurde eine aktualisierte Fassung der Parkerleichterungen erarbeitet, die nun im Intranet des BSK zur Verfügung steht.

2.2.5 BSK e.V. Landesvertretung Hessen Teilnahme an Sitzungen und Seminaren

- des Behindertenbeirates des Main-Kinzig-Kreises
- der Diakonie („Soziale Gerechtigkeit in Hessen“)
- der Behindertenbeauftragten des Landes Hessen
- der Deligiertenversammlung des BSK
- Bereichsleitertagung
- Schulung des Bundesverbandes
- Hauptausschuss
- Sekos Main-Kinzig-Kreis

Aktive Mitarbeit

- Arbeitskreis „Barrierefreier ÖPNV“ des Rhein-Main-Verkehrsverbundes
- Bereich Hanau/Gelnhausen/Vorstand
- Vorstand der Landesarbeitsgemeinschaft chronisch Kranker und Behinderter
- Patientenvertretung und Beratung der GKV Krankenkassen
- Arbeitskreis für barrierefreies Reisen in Marburg

2.2 LANDESVERBÄNDE/LANDESVERTRETUNGEN

- Projekt- Sicher Mobil- RFID Melsungen
- Teilnahme an Veranstaltungen im Main-Kinzig-Kreis mit dem VDK
- Landesverband Multipler Sklerose Kranker

Weitere Aktionen

- Beratungen per Telefon und Beantworten von E-Mail-Anfragen; Beratungen im persönlichen Umfeld, in der Gemeinde.
- BSK-Info Stand auf dem Hessentag und auf Gesundheitstagen in der Region; Gespräche mit mobilitätsbehinderten Menschen; Kontakte zu anderen Behindertengruppen.
- BSK-Flyer und LEBEN&WEG-Exemplare wurden in Reha Zentren und Krankenhäuser verteilt. Weiterhin wird an Gründungen von Kontaktstellen und Bereichen in Hessen gearbeitet.

2.2.6 BSK e.V. – Landesvertretung Niedersachsen

Die Schulung Nord fand im März in Duderstadt unter dem Thema „Peer Counseling“ statt. Seit März trafen sich in Niedersachsen viele Vereine zum „Bündnis für inklusive Schulung“. Der BSK war durch Gerwin Matysiak vertreten, der für den erkrankten Gerd Strombach einsprang.

Auf Grund von Problemen musste die LAG Niedersachsen geschlossen werden. Auch nach Meinung des BSK ist eine übergreifende Arbeitsgemeinschaft der Selbsthilfe notwendig und so beteiligte sich der BSK seit April an der Neugründung der „Selbsthilfe Arbeitsgemeinschaft Gesundheit und Soziales Niedersachsen e.V.“ (SHGS NDS). Gerd Strombach nahm fünf Mal an den Sitzungen des Landesbehindertenbeirates teil. Zur Erarbeitung eines Konzepts zur Umsetzung der Barrierefreiheit in Niedersachsen trifft sich der BSK regelmäßig mit den anderen beteiligten Vereinen.

Im Zulassungsausschuss für Ärzte der KVN Osnabrück nahm Gerd Strombach als Patientenvertreter teil und in Hannover bei der dortigen KVN war es Erhard Hentschel.

Gerd Strombach besuchte im Laufe des Jahres verschiedene Bereiche und Kontaktstellen in Niedersachsen. In Hannover trafen sich Gerd Strombach, Erhard Hentschel und Gerwin Matysiak zu Informationsgesprächen über die BSK-Arbeit in Niedersachsen. Am Treffen der Landesleiter mit dem Bundesvorstand nahm Gerd Strombach ebenfalls teil.

In Duderstadt gab es parallel zur Delegiertenversammlung ein Treffen der Anwesenden aus Niedersachsen zu einem Erfahrungsaustausch der aktuellen Situation. Die BSK-Landesvertretung Niedersachsen nahm auch an verschiedenen Rehamessen und Gesundheitstagen in Niedersachsen teil.

Aus Gesundheitsgründen wurden die Aufgaben des Landesvertreters Gerd Strombach teilweise von anderen Mitgliedern wahrgenommen.

Das Jahr 2011 endete mit dem Tod des verdienten niedersächsischen BSK Mitglieds Klaus-Peter Brandes. Er wurde 71 Jahre alt und starb nach einer kurzen schweren Krankheit. Er war bis zuletzt für Finanzen zuständig, aber im Verlauf seiner 40-jährigen Mitgliedschaft im BSK hatte er fast alle Aufgaben schon übernommen. Er war 1968 Gründungsmitglied, der erste Bereichsvorsitzende des BSK Hannover, u. a. Mitglied der Delegiertenversammlung und des Bundesvorstandes sowie Kuratoriumsvorsitzender der Elsa-Krauschitz-Stiftung.

2.2.7 Landesvertretung Selbsthilfe Körperbehinderter Nordrhein-Westfalen

Das im Jahr 2010 gewählte Team der Landesvertretung NRW hat seine Arbeit mit dem ersten gemeinsamen Treffen am 19. März 2011 in den Räumlichkeiten des Bereichs Bonn aufgenommen. Folgende Tätigkeiten wurden für die LV NRW erledigt von:

Ditmar Keggenhoff

- Erledigen aller finanziellen Angelegenheiten (Bankgeschäfte, Buchhaltung usw.)



Die neue Landesvertretung v.l.n.r.: Ditmar Keggenhoff, Inge Paare-Renkhoff, Camilla von Loesch, Manfred Liebich, Anita Pützkuhl-Schöberlein

- Bearbeiten der Ehrenurkunden 2011
- Verfassen des Antrags an die Delegiertenversammlung des BSK zur Änderung der Ehrenordnung (eingereicht durch Anita Pützkuhl-Schöberlein)
- Sonstige Verwaltungsarbeiten (Anträge, Formulare, Anfragen etc.)

2.2 LANDESVERBÄNDE/LANDESVERTRETUNGEN

Camilla von Loesch

- Umfassende Information und Beratung der BSK-LV in sozialpolitischen Fragen
- Mithilfe bei der Verfassung von Anschreiben
- Information der BSK-LV über die Mitwirkung an der Ausgestaltung eines behindertenpolitischen Teilhabepplans für die Stadt Bonn und über die Mitwirkung an der Umsetzung des Teilhabepplans

Manfred Liebich

- Gespräch mit dem Landesbehindertenbeauftragten NRW Norbert Killewald im Landtag Düsseldorf: Teilnahme zur Erstellung eines Aktionsplanes im Ministerium für Integration, Arbeit und Soziales (MAIS) in Dortmund
- Teilnahme an Folgeveranstaltung zur Erstellung eines Aktionsplans des MAIS in Dortmund
- Teilnahme im Arbeitskreis Leitfaden Straßen NRW
- Seminar Deutsches Institut für Menschenrechte (DIMR), Follow-Up „Aktiv gegen Diskriminierung: Was Verbände vor Gericht erreichen können“
- Treffen der Landesvertretungen des BSK in Duderstadt
- LAG Fachkonferenz in Essen
- Besichtigung einer Kreuzung in Gelsenkirchen im Hinblick auf die Barrierefreiheit für Rollifahrer („Straßen NRW“)
- REHACARE in Düsseldorf
- Teilnahme Jubiläumsveranstaltung 40 Jahre LAG Zeche Zollern, Dortmund
- Zahlreiche Beratungsgespräche mit Ratsuchenden, Gespräche mit Behörden und Verbandsvertretern, Mitgliederwerbung

Inge Paare-Renkhoff

- Seminar DIMR (s.o.)
- YAT Aktionstag in Paderborn, Präsentation des BSK Reisedienstes, Mitgliedergewinnung
- Teilnahme an der Sitzung des Hauptausschusses in Göttingen
- Besichtigung einer Kreuzung in Gelsenkirchen im Hinblick auf die Barrierefreiheit für Rollifahrer („Straßen NRW“)
- REHACARE: BSK Standdienst u. a.
- Teilnahme 40-jähriges Jubiläum der LAG-Selbsthilfe NRW, Zeche Zollern in Dortmund
- Anschreibenaktion bzgl. der Fernbusrichtlinie an Landes- und Bundespolitiker/innen
- viele Mails, Briefe und Telefonate; Gespräche mit der Bundesgeschäftsstelle, Untergliederungen und Ratsuchenden Zusammenarbeit in Sachen Barrierefreiheit mit Straßen NRW und Stuva per E-Mail und schriftliche Stellungnahmen zum Thema Barrierefreiheit

Anita Pützkuhl-Schöberlein

- Seminar DIMR (s.o.)

- Interview mit Maik Nothnagel (BSK-Sozialreferent in Berlin)
- Initiieren einer neuen Kontaktstelle in NRW unter Leitung von Hannelore Weiland in Bergheim
- REHACARE: BSK-Standdienst, gewinnen neuer Mitglieder
- Seminar Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit e.V. (bezev), hier auch Öffentlichkeitsarbeit für BSK LV NRW durch Infostand und Gespräche
- als Vertreterin für NRW in der Delegiertenversammlung Erleichterung des Procederes zur Verleihung von Urkunden und Ehrennadeln
- vielfältige Telefonate und Gespräche mit Untergliederungen, Delegierten und der Bundesgeschäftsstelle

2.2.8 Landesvertretung Selbsthilfe Körperbehinderter Rheinland-Pfalz

- 1. März 2011 Ernennung von Christina Fuchs aus Remagen zur Stellvertreterin der LV-Leiterin von Rheinland-Pfalz
- Rheinland-Pfalz-Tour inklusive Besuch von BSK-Mitgliedern und Ehrungen u. a. für 50 Jahre und für 40 Jahre BSK-Mitgliedschaft



Helmut Müller wurde von Anita Reichert, der Leiterin der Landesvertretung, mit der Ehrenurkunde des BSK für 50 Jahre Mitgliedschaft ausgezeichnet

- Testen der Bundesgartenschau in Koblenz auf Barrierefreiheit („Eine Buga für alle“) zusammen mit dem Landesbehindertenbeirat RLP
- Info-Stand zum barrierefreien ÖPNV in Bad-Neuenahr-Ahrweiler
- 3. Mai 2011: Informationsveranstaltung in Bernkastel-Kues zur UN-Konvention, Thema: „Neues Denken – Auswirkungen auf die Kommunen“
- Malprojekt in Remagen: „Blickwinkel – Inklusion Miteinander“ organisiert von Christina Fuchs
- Info-Stand in Sinzig auf dem Gesundheitstag; Werbung

2.2 LANDESVERBÄNDE/LANDESVERTRETUNGEN



Anita Reichert

Die erste Bundesfreiwillige im Einsatz beim Fahrdienst des BSK-Bereichs Mittelmosel

- von Mitgliedern, darunter Bianca Vogel und Eveline Lemke
- Kontaktstellenleiter Klaus-Walter Sixel (Rhein-Hunsrück Kreis) in Michelsbach wird Mitglied im neu gegründeten Behindertenbeirat in Kastellaun
- Neue Kontaktstelleneröffnungen in Bad-Bergzabern mit Jutta Fery sowie in Mainz mit Heidi Hauer
- 1. Juli 2011: Die erste Bewerberin für den Bundesfreiwilligendienst nimmt in BSK-Bereich Mittelmosel ihre Arbeit auf
- Teilnahme und aktive Mitarbeit in verschiedenen Sitzungen des Landesbeirates zur Teilhabe behinderter Menschen und Wiederbenennung von Anita Reichert als Mitglied des Landesbeirats
- Beratung beim Umbau von alten Gebäuden zu neuen behindertengerechten Ferienwohnungen
- Kontaktstelle Erbeskopf: Mitarbeit am Umbau des barrierefreien Gemeindehauses in Hilscheid
- Mitgliederversammlung des BSK-Bereichs Mittelmosel und Neuwahlen des Vorstandes sowie Ehrungen von Mitgliedern
- Barrierefreies Rheinland-Pfalz: Teilnahme an einer Schulung zur neuen DIN-18040 in Mainz
- Info Stand und Tombola auf dem Weihnachtsmarkt in Trier

2.2.9 Landesverband Selbsthilfe Körperbehinderter Sachsen e.V. im BSK

Der Landesverband Selbsthilfe Sachsen e.V. (LSKS) hat sich im zurückliegenden Jahr u. a. konzentriert auf die Interessenvertretung körperbehinderter Menschen, auf die Umsetzung der UN-Konvention im Freistaat und seinen Kommunen sowie auf seine Projekte „ÖPNV/SPNV für alle“ und das In-

ternetportal www.selbsthilfenetzwerk-sachsen.de. Im Mittelpunkt standen die Zusammenarbeit mit den Fraktionen und Ausschüssen des Sächsischen Landtages, der Staatsregierung, den Kommunen, der Landesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe Sachsen e.V. (LAG SH) und dem PARITÄTISCHEN Sachsen.

Beim ÖPNV/SPNV konnten weitere Fortschritte bezüglich



Mobilitätstraining im Bus mit den Dresdner Verkehrsbetrieben am 7. Mai 2011

der Barrierefreiheit insbesondere in der Region Dresden/Ostsachsen/Niederschlesische Oberlausitz erreicht werden. Das betrifft z. B. den Einbau von Aufzügen in den Bahnhöfen Bautzen, Görlitz und Radeberg, die Schaffung weiterer barrierefreier Haltestellen für Bus und Straßenbahn in Dresden, die Neubeschaffung von Niederflurbussen im Regionalverkehr sowie den Ausbau der barrierefreien Information und Kommunikation im öffentlichen Personennahverkehr. Das seit Jahren bewährte, von den Verkehrsunternehmen unterstützte Mobilitätstraining für Rollstuhlnutzer/innen und weitere Mobilitätseingeschränkte wurde fortgesetzt.

In dem gemeinsam mit der LAG SH gestaltetem Internetportal wurden 2011 195 Artikel (SH-NEWS) veröffentlicht und 26 Newsletter an rund 800 Abonnenten versandt. Die über das Portal erreichbare Community hat sich auf rund 15.000 Personen erweitert. Weitere Tätigkeitsgebiete betrafen das barrierefreie Planen und Bauen im öffentlichen Bereich, Arbeit für Menschen mit Körperbehinderung, barrierefreies Wohnen, barrierefreie Arztpraxen und Krankenhäuser, Kultur und Sport für alle.

Insgesamt ist der LSKS vor allem aufgrund seiner konstruktiv-kritischen Mitwirkung an der Gestaltung gesellschaftlicher Prozesse sowie aufgrund seines umfangreichen, von der

2.2 LANDESVERBÄNDE/LANDESVERTRETUNGEN

Mitgliederbasis ausgehenden bürgerschaftlichen Engagements im Freistaat Sachsen als der entscheidende Vertreter körperbehinderter Menschen anerkannt. Er verfügt in Sachsen über elf selbstständige Bereiche mit rund 850 ordentlichen Mitgliedern und zwei Kontaktstellen.

Homepage: www.interreglife.org

2.2.10 BSK e.V. – Landesvertretung Schleswig Holstein

Zu Beginn des Jahres besuchte Hubert Hüppe, Beauftragter der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen in Itzehoe – auf Einladung von Marita Brunswik, BSK-Kontaktstellenleiterin Itzehoe und Umgebung. Rund 250 Menschen mit und ohne Behinderung kamen zu der Veranstaltung im Theater.

Im Juni besuchte Hubert Hüppe auf Einladung des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung, Dr. U. Hase, erneut Schleswig-Holstein. An der Inklusionsparty nahm neben den Vertretern anderer Verbände auch die BSK-Landesvertretung teil.

Außerdem besuchten die Leiterin der Landesvertretung und Mitglieder eine Veranstaltung zum 5. Mai in Kiel, waren mit einem Info-Stand auf der Hohenwestedt-Messe vertreten und an den Gesprächen am Runden Tisch für behinderte Menschen in Neumünster beteiligt.

2.2.11 Landesvertretung Selbsthilfe Körperbehinderter Thüringen

Die Selbsthilfegruppe (SHG) Saalfeld hat 14, die SHG in Weimar zehn Mitglieder, das allgemeine Durchschnittsalter liegt über 55 Jahren. Es bestehen zwei Kontaktstellen: in Jena und in Kamsdorf. Die Kontaktstelle in Pößneck wurde im Dezember 2011 aufgelöst, eventuell wird es eine neue Kontaktstelle bis Ende 2012 in Saalfeld, Niederkrossen oder Kaulsdorf geben.

Die SHG Saaletal e.V. arbeitet erfolgreich. Regelmäßig finden Veranstaltungen, Beratungen und Treffen mit Vertretern von Behörden, Tourismusbetrieben und kulturellen Einrichtungen statt. Vorsitzende ist Marlis Schröder aus Fröbitz. An den monatlichen Treffen nehmen die Kontaktstellenleiter aus Pößneck und Kamsdorf teil.

SHG Weimar: Es wird eine Neuwahl stattfinden und die Vorsitzende wird versuchen, die Gruppe zu erhalten. Vorsitzende ist Sylvia Engel aus Weimar. Aktivitäten: Beratung Betroffener, Treffen mit Geschäftsinhabern, Tourismusbüros und Behörden. Gestaltung von Freizeiten; Besuch einer besonderen Kulturveranstaltung; Kontakte mit Schulen, anderen SHG (im Kreisgebiet) sowie anderen Trägern (AWO, Lebenshilfe, Chris-

topherushof, MS-Gruppe).

Weiterhin aktuell: Konsultationen mit der Stadt, dem Landratsamt, Abgeordneten des Landtags, einem Reisebüro, Wählergemeinschaften, Geschäftsleuten und Ärzten, Kontakte zum Stadtring Rudolstadt.

Die Rollstuhl-Sportgruppe hat sich aufgelöst. Eine Trainerin steht zur Verfügung, es fehlt an Interessenten.

Mitgliedergewinnung bzw. -erhaltung ist schwierig und geschieht per Direktansprache, auch auf den SHG-Tagen. Die Mitglieder reagieren auf schriftliche Einladungen, Geburtstagskarten und Postkarten positiv.

Beratung: Es kommen häufig Anfragen zum Thema: Bauen, Reisen, PKW und Rechtsfragen. Die Hilfe wird in Anspruch genommen, aber eine Bereitschaft zur Mitarbeit bzw. Mitgliedschaft fehlt. Rechtsfragen und Unterstützung bei Behörden bilden den Schwerpunkt der Beratung, hier kann der BSK eventuell über ein Angebot Mitglieder gewinnen.

Es bestehen gute Kontakte zu den Medien und der örtlichen Presse. Diese berichten stets über Barrierefreiheit, Wohnprojekte, Zugänglichkeiten und andere Probleme behinderter Menschen.

Die Unterstützung und Betreuung durch die BSK-Zentrale in Krautheim ist wie immer sehr gut.

2.3 TOCHTERGESELLSCHAFTEN



2.3.1 Eduard-Knoll-Wohnzentrum GmbH

Das Eduard-Knoll-Wohnzentrum bietet Menschen mit Körperbehinderung Wohn- und Lebensraum und gehört zu den modernsten Wohnrichtungen in Europa. Momentan leben 90 Bewohner/innen im stationären Bereich und 10 im Betreuten Wohnen. Unsere wichtigste Grundidee ist, den Bewohner/innen ein gemeinsames Leben in Selbstbestimmung und Eigenverantwortung zu bieten. Unterstützt wird diese Idee durch Assistenz, Förderung, Pflege und unterschiedlichste Angebote.

Betreutes Wohnen

Auf dem ehemaligen Schwimmbadgelände entsteht der Neubau für das „Betreute Wohnen“. Am 28. April 2011 fiel dazu der Startschuss mit dem offiziellen Spatenstich. Am 11. Oktober 2011 konnte dann bereits das Richtfest gefeiert werden. Wenn alle Baumaßnahmen weiterhin so planmäßig verlaufen, wird die Fertigstellung voraussichtlich im August 2012 sein. Dann können 16 Personen in das barrierefreie Gebäude einziehen. Es entstehen acht Mal 1-Zimmer-Appartements von 32 qm mit Sanitärraum und vier Mal 2-Zimmer-Appartements von 55 qm ebenfalls mit Sanitärraum.



Spatenstich für Betreutes Wohnen in Krautheim: Der schwerbehinderte EKWZ-Bewohner Klaus Lehmann übernahm symbolisch den ersten Aushub mit dem Bagger

Bewohnerververtretung

Seit dem 30. Juni 2011 hat das Wohnzentrum für die nächsten vier Jahre eine neu gewählte Bewohnerververtretung. Alle jetzigen Mitglieder sind neu im Team. Sie sind Ansprechpartner/innen für Bewohner/innen und ihre Hauptaufgabe besteht darin, Vorschläge und Anregungen von Bewohner/innen entgegenzunehmen und Lösungen dafür zu finden. Zu den verschiedenen Aufgaben gehört auch die Organisation der monatlichen Sitzungen, die Vertretung im Bauausschuss für den Neubau des „Betreuten Wohnens“, die Kassenfüh-

rung, die Betreuung der Gäste und neuen Bewohner/innen, die Mitgestaltung der Hausfeste und die Auswertung des Kummerkastens hier im Haus. Alle diese Aufgaben werden jeweils schwerpunktmäßig von den einzelnen Mitgliedern übernommen.



Die Bewohnerververtretung des Eduard-Knoll-Wohnzentrums in Krautheim v.l.n.r.: Sandra Ingrisch, Jörg Hättig, Jürgen Milewski, Josef Rack, Andrea Frick

Ende der Zivildienst-Zeit

Ab dem 1. Juli 2011 wurde der Zivildienst ausgesetzt und der Bundesfreiwilligendienst (BFD) eingeführt. Im Eduard-Knoll-Wohnzentrum waren zwischen 1977 und 2011 schätzungsweise um die 500 Zivis tätig. Zum Ende der Zivizeit gab es ein Abschiedsfest, zu dem auch die ehemaligen Zivis eingeladen waren. An Bilderwänden konnten die Gäste einen Querschnitt der Zivis durch all die Jahre betrachten und eine feierliche Zeremonie setzte den Schlusspunkt unter die Zivizeit.

Mediengruppen

Über den Paritätischen Wohlfahrtsverband gelang es uns, eine Theaterpädagogin und einen Medienspezialisten für Workshops zu gewinnen. Für die Theatergruppe des Hauses „die rollenden Krautis“ waren die Tipps für ihre zukünftige Probenarbeit sehr hilfreich. Praktische Anleitungen für die Erarbeitung der Rollen oder auch Lockerungsübungen für die Stimme konnten während der Workshops eingeübt werden. Auch die radioEdi-Gruppe hatte die Gelegenheit, mit den zwei Fachleuten zu arbeiten. Während des Workshops entstand ein komplettes Hörspiel. Vom Entwurf zur Umsetzung eines Konzepts bis zum fertig geschnittenen Beitrag, manches konnte mit der Unterstützung der Profis aufgefrischt, aber auch Neues gelernt werden.

Jahresrückblick

Noch mehr Informationen über die Aktivitäten und interessante Neuigkeiten sind im Jahresrückblick 2011 zusammengetragen. Er befindet sich auf der Homepage im Servicebereich und kann als pdf-Datei heruntergeladen werden.
[Homepage: www.ekwz.de](http://www.ekwz.de)

2.3.2 BSK Service GmbH

Der BSK-Reiseservice bildet den Schwerpunkt der BSK Service GmbH, einer 100-prozentigen Tochtergesellschaft des BSK e.V. Das Hauptangebot des Reiseservices besteht aus der Vermittlung von barrierefreien Reisen für Individualreisende und der Veranstaltung von betreuten Gruppenreisen für Menschen mit Behinderung. Das Reiseangebot wird im Reisekatalog „BSK Urlaubsziele“ präsentiert, der jährlich zur REHACARE in Düsseldorf herausgegeben wird.

Weitere Reiseangebote und Leistungen des Reiseservices (Buchung von Flügen, Reiseversicherungen, Mietautos, Kurz- und Wellnessreisen) stehen im Internet unter www.reisen-ohne-barrieren.eu.



Im Reisekatalog wurden elf Gruppenreisen angeboten, sieben davon zu bewährten Reisezielen der vergangenen Jahre. Als neue Gruppenreiseziele wurden Altötting, Fuerteventura, Italien und Budapest in den Katalog aufgenommen. Die Reise nach Altötting wurde als spezielle BSK-Mitgliederreise ausgeschrieben. Die Anzahl der Reiseangebote für Individualreisende hat sich

von 31 auf 36 erhöht. Der Reisekatalog hat 60 Seiten, davon sind 16 Seiten Anzeigen.

Der Reiseservice vermittelt und schult Reiseassistentinnen und -assistenten. Dadurch können Menschen mit Behinderung, die Assistenzleistungen während der Reise benötigen, auch individuell reisen.

Ergebnisse und Erfolge

Die wachsende Nachfrage nach dem Reisekatalog bedingte eine Erhöhung der Druckauflage von 12.000 auf 13.000 Exemplare. Auch wurde wieder ein Flyer für den Katalog erstellt, der mit den Postsendungen und dem Ostermailing des BSK e.V. versandt wurde. Die Druckauflage des Flyers betrug 20.000 Exemplare.

Mit Hilfe der Reiseassistent/innen konnte 19 Menschen mit Behinderung, die auf externe Hilfe angewiesen sind, ein Urlaub ermöglicht werden. Das betrifft sowohl Gruppen als auch Individualreisen. Die Vermittlungsgebühr für persönliche Assistenten/innen beträgt für BSK-Mitglieder 89 Euro, für Nichtmitglieder 149 Euro.

Reiseassistenz-Workshop

Im Jahr 2011 fand der Workshop „Reiseassistenz für Menschen mit Behinderung“ mit 17 Teilnehmer/innen in der Zeit vom 7. bis 13. November 2011 in Krautheim statt. Zum ersten Mal wurde der Workshop um das Thema „Assistenz für blinde und sehbehinderte Menschen“ erweitert, was die Teilnehmer/innen positiv bewerteten. Der Workshop wird durch Aktion Mensch gefördert. Die Schulungsgebühr für Unterkunft, Verpflegung und Schulungsunterlagen betrug 298 Euro pro Person.



Im Jahr 2011 veranstaltete die BSK Service GmbH vier Gruppenreisen mit insgesamt 50 Personen (2010: vier Gruppenreisen mit 30 Personen). Die Gruppenreisen wurden insgesamt von vier Reiseleiter/innen und vier Reiseassistent/innen begleitet. Sieben Personen haben während der Gruppenreisen Leistungen über Assistenzpakete in Anspruch genommen. Die Anzahl der individuellen Hotelbuchungen ist im Vergleich zum Vorjahr von 68 auf 76 leicht gestiegen. Auch die Anzahl der Reisenden ist von 124 auf 151 Personen gestiegen. Sowohl auf der REHACARE in Düsseldorf als auch auf der Rehab in Karlsruhe wurde eine „Prospektbörse barrierefreie Reiseziele“ organisiert. In Karlsruhe nahmen daran 45 Betriebe teil, in Düsseldorf 24. Um mehr Transparenz über die Aufgaben und Ziele des BSK-Reiseservices innerhalb des BSK zu schaffen, wurde im Jahr 2011 ein Konzept über des Zielsystem des BSK-Reiseservices erstellt.

Homepage: www.reisen-ohne-barrieren.eu.

2.3 TOCHTERGESELLSCHAFTEN

2.3.3 Krautheimer Werkstätten für Menschen mit Behinderung gem.GmbH

Krautheimer Werkstätten
für Menschen
mit Behinderung
gem. GmbH



Die Krautheimer Werkstätten bieten Arbeit oder Beschäftigung für Menschen mit Behinderung, die wegen Art und Schwere ihrer Behinderung nicht, noch nicht oder nicht mehr auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt eingegliedert werden können. Durch die Bereitstellung geeigneter Arbeitsplätze nehmen diese Menschen nach Kräften am Arbeitsprozess teil, was wesentlich zu ihrer gesellschaftlichen Integration beiträgt.

Dies geschieht unter sach- und fachgerechter Anleitung im Berufsbildungsbereich und den Arbeitsgruppen

- Druckerei mit Druck-Weiterverarbeitung
- Industriemontage und Metallbearbeitung
- Buchhandel
- Elektronik-Altgeräte-Recycling.

Die WfB ist stets bemüht, Mitarbeiter mit Behinderung auf dem ersten Arbeitsmarkt zu vermitteln.

Am 3. Dezember, dem Internationalen Tag der Menschen mit Behinderung, findet in der Regel eine Aktionsveranstaltung statt, die gemeinsam mit sechs weiteren Werkstätten aus der näheren Umgebung organisiert wird. Dabei dient jeweils ein Schwerpunktthema als Motto, das die Werkstatträte als Vertreter der Menschen mit Behinderung erarbeiten. Ziel

und Zweck ist es, auf besondere Belange in der Behindertenarbeit und -politik hinzuweisen und Maßnahmen einzufordern. Das Motto für die nächsten zwei Jahre lautet: „Nimm dein Leben in die Hand“, wobei ein besonderes Augenmerk auf die Inklusion gerichtet wird.

In allen Bereichen ist die WfB bemüht, die neue, von ihr unterzeichnete UN-Konvention mit noch mehr Leben als bisher zu erfüllen und findet ihre Arbeit und ihre Aufgabe besonders in den Artikeln 27 (Arbeit und Beschäftigung) und 28 (Angemessener Lebensstandard und sozialer Schutz) wieder.

Homepage: www.wfb-krautheim.de



Gebäude der WfB in Krautheim



2.4. Elsa-Krauschitz-Stiftung

Die Elsa-Krauschitz-Stiftung fördert Neu- und Umbauprojekte für barrierefreie Wohnformen, vorwiegend im norddeutschen Raum. Inzwischen besteht die Stiftung seit neun Jahren. Im Jahr 2011 sind insgesamt 84 (2010: 67) Förderanträge bei der Elsa-Krauschitz-Stiftung eingegangen, wovon fünf Anträge nach den Vergaberichtlinien und dem Stiftungszweck förderfähig waren. Einer dieser förderfähigen Anträge wurde in der Telefonkonferenz von Kuratorium und Vorstand am 4. Juli 2011 wie folgt bewilligt: Für einen barrierefreien Anbau wurde ein Zuschuss in Höhe von 10.330 Euro gewährt, welcher nicht zurückgezahlt werden muss. Zudem wurde ein zinsloses Darlehen in Höhe von 10.000 Euro bewilligt.

Im Berichtsjahr standen zudem wieder Vorstandswahlen an. Gerwin Matysiak und Anita Reichert standen zur Wiederwahl und wurden einstimmig gewählt. Die Stiftung hat sich im Berichtsjahr beim Deutschen Engagement-Preis beworben, den der Bundesverband Deutscher Stiftungen auslobt. Leider wurde die Stiftung nicht für einen Preis nominiert.

Dem Kuratorium der Stiftung gehören seit 2009 an:

- Hendrik Grützner, Rudolstadt
- Erhard Hentschel, Hannover (Vorsitzender)
- Peer Maßmann, Pattensen (stellvertretender Vorsitzender)
- Anita Pützkuhl-Schöberlein, Willich
- Uwe Schneider, Ronneburg

Dem Stiftungsvorstand gehören an:

- Gerwin Matysiak, Hannover
- Anita Reichert, Brauneberg



Peer Maßmann (links), stellvertretender Kuratoriumsvorsitzender, überreicht einer Hamburger Familie einen Scheck der Elsa-Krauschitz-Stiftung für einen neuen barrierefreien Anbau

2.5 EXPERTEN

Hendrik Grützner – Barrierefreies Reisen, Thüringen



Hendrik Grützner

Monatlich wurden zwei bis drei Anfragen zu barrierefreien Unterkünften im Thüringer Raum bearbeitet (Adressen, Ausstattung, Preise und Umfeld). Oft sollte die Vermittlung bzw. Buchung vorgenommen werden. Neu ist: Verstärkt kommen Anfragen zu Tages-touren mit kleineren Reisegruppen wie

Busreisen. Insgesamt geht es bei Anfragen zu touristischen Zielen vor allem um Zugänglichkeit, Gaststätten, WC's und Preise.

Wie in den letzten Jahren gab es im Mai/Juni etwa zwei bis drei Anfragen je Woche, hauptsächlich zum Tanzfest (Veranstaltungen, Unterkünfte, WC-Anlagen, Zeltplatzreservierung, Programme, Fahrdienste, Anfragen zu den Konzerten wie Standort mit dem Rollstuhl, Zugänglichkeit, Einsicht von Tribünen).

Neu waren auch Anfragen zu Pflegebetten bzw. Pflegediensten bzw. zur Betreuung vor Ort, ebenso wiederholte Anfragen zum „Vogelschießen“, Thüringens größtem Rummel im August. Diese Anfragen kommen überwiegend von Nicht-BSK-Mitgliedern, meist telefonisch und per E-Mail. Ich versende die Informationen zum „Tanzfest“ und die Unterkunftslisten. Auch habe ich Übersetzungen von Begriffen in Behinderten-Führern ausgehändigt (Türkisch, Französisch, Englisch).

Aus der Region wurden zwei Anfragen und Beratungen zum Wohnungsbau (Betreutes Wohnen, Barrierefreiheit) gestellt, inklusive Projekteinsicht und Beratungstermin in Rudolstadt. Angefragt wurden auch Beratungen zur Barrierefreiheit eines Radwegs, Rampe, Befestigung der Oberfläche sowie Rastplatzgestaltung in Saalfeld und Rudolstadt. Zudem arbeite ich weiterhin als Mitglied im Theaterförderverein mit.

Marianne Jordan – Hartz IV, Grundsicherung, Persönliches Budget

2011 habe ich zwei Veranstaltungen selbst durchgeführt: den Selbsthilfetag Uelzen und einen Workshop „Persönliche Zukunftsplanung mit und ohne Persönlichem Budget“. Hinzu kam die Beantwortung von ca. 350 Anfragen zum Persönlichen Budget allein für Mitglieder des BSK sowie Anfragen zum ALG II und zur Sozialhilfe. Zudem habe ich mindestens sechs Treffen des Paritätischen besucht, die Selbsthilfegruppe bzw. Kontakt-



Marianne Jordan

stelle Uelzen in der Zeitung nochmals vorgestellt, 12 Mal Treffen der Selbsthilfegruppe angeboten und verschiedene Mitglieder zu Hause besucht. Mittlerweile berate ich auch pflegende Angehörige zu den Pflegestufen. Auch habe ich diverse Schreiben mit Mitgliedern erstellt und an zwei Fortbildungen teilgenommen (ALG II und Soziallotse).

Elke Maßman – Pflege

Durchschnittlich wurde eine Frage pro Woche beantwortet, meist telefonisch, selten per E-Mail. Häufiges Thema ist der Antrag auf eine (höhere) Pflegestufe und das entsprechende Procedere. Das Problem ist oft die Frage der Wiederholungsgutachten bei über Jahrzehnte unverändertem Zustand wie Querschnitt und Post Polio ohne jede Heilungsbewahrung.

Vereinzelt sind es sehr spezifische bis intime Fragestellungen, die aus Sicht der Betroffenen sicherlich hohe Bedeutung haben, jedoch das Maß einer ehrenamtlichen Tätigkeit auf Grund umfassender Recherche überschreiten, da es keine allgemeine Antwort gibt.



Elke Maßman

Das Problem: Trotz Ausscheidens aus dem Expertenteam aus gesundheitlichen Gründen gehen die Anfragen unverändert weiter.

Peer Maßmann – Hilfsmittel



Peer Maßmann

Die Arbeit ist mit erheblichem Aufwand verbunden, da teilweise mehreren Anfragen pro Tag gestellt werden. Wichtiges Thema ist die häufige Ablehnung von Anträgen durch die Kostenträger. Dies hat oft erhebliche finanzielle Auswirkungen für Betroffene, gerade bei der Versorgung mit Rollstühlen und Prothesen – mit erheblichen Auswirkungen auf die Mobilität und damit auf die Teilhabe am Leben, sprich die Lebensqualität.

Standardantworten zum Verfahren sind spontan möglich, leider werden sehr oft spezifische technische Merkmale abgefragt. Es kann aber keine umfangreichere Beratung als etwa im Sanitätshaus geleistet werden. Teilweise erreichen den Experten Anfragen zu Ordner füllenden Akten aus mehreren Jahren, hier kann nur an Anwälte verwiesen werden. Eindeutiger Schwerpunkt der Anfragen sind Rollstühle und hier wiederum die Frage nach alten Modellen (10 km/h-

Stühle), auf die nach SGB V kein Anspruch mehr besteht. Oft werden auch Fragen zu den Zuständigkeiten einzelner Kostenträger gestellt.

Helga Schwall und Klaus Wolf – Barrierefreies Reisen in Baden-Württemberg



Helga Schwall



Klaus Wolf

Die zehnte Ausgabe des erfolgreichen Reiseführers für Menschen mit Behinderung „Barrierefrei Unterwegs“ Region Hegau-Bodensee 2011/2012 wurde erarbeitet. Mit neuem Format und Layout sowie einheitlicher Kennzeichnung mit Piktogrammen wird die Publikation 2012 in einer Auflage von 4.500 Exemplaren erscheinen. Die Nachfrage steigt von Jahr zu Jahr.

Neu erarbeitet wurde auch die 2. Auflage des Behindertenführers „Singen Barrierefrei“ 2012 mit 2.000 Exemplaren.

Ein Hauptteil unserer Arbeit sind die Bestandsaufnahmen in den Gemeinden und Städten, die Erfassung der barrierefreien Infrastruktur, die Dokumentation von Behinderten-WC's und Behindertenparkplätzen. Mit den Pfahlbauten Unteruhldingen und dem Stadtmuseum Radolfzell haben wir museumspädagogische Programme erarbeitet. Fast alle Museen und sonstige öffentliche Einrichtungen, Baudenkmäler wurden von uns erfasst und sorgfältig dokumentiert.

Ein weiterer Arbeitsbereich ist der Nahverkehr (Bus, Bahn und Schifffahrt). In der großen Kreisstadt Singen/Hohentwiel konnten wir in den vergangenen Jahren den Ausbau der Bushaltestellen mit Kasslerhochbord und Aufmerksamkeitsfeldern voranbringen. Wir sind ständiger Ansprechpartner der Stadt Singen bei Stadtplanungen, Hoch- und Tiefbau. Immer wieder werden wir von den zuständigen Amtsleitern zu Gesprächen eingeladen und einiges von unseren Vorschlägen wurde im Gemeinderat für gut befunden und dann auch umgesetzt. Ein weiterer Schwerpunkt ist in den letzten zehn Jahren die Öffentlichkeitsarbeit. So hatten wir Infostände bei Selbsthilfetagen in Bad Dür rheim, Singen, Radolfzell oder im Bodenseekreis, sind seit dem Jahr 2000 auf der Prospektbörse der Arbeitsgemeinschaft Hegau Touristik vertreten, nehmen an Messen und Tagen der offenen Tür teil und vieles mehr.

Zudem sind wir vertreten im Sprecherrat von KomMit Netzwerk Selbsthilfe Landkreis Konstanz und arbeiten im Fahr-

gastbeirat Landkreis Konstanz mit. Mit dem Behindertenbeauftragten der Stadt Radolfzell arbeiten wir in der gesamten Region am Aufbau eines Netzwerkes der Behindertenbeauftragten. Hinzu kommt die Tätigkeit in der Selbsthilfe Körperbehinderter Singen-Hegau e. V. und beim Sozialstammtisch Singen e. V.

Vom Verlag, der unsere Publikationen produziert, haben wir in den letzten Jahren PC, Drucker und Fotoausrüstung bekommen und konnten damit ein digitales Fotoarchiv mit rund 200.000 Aufnahmen aufbauen, in dem unsere Arbeit dokumentiert ist.

Christian Steinmann – Barrierefreies Planen und Bauen, Sachsen

Insgesamt wurden im Jahr 2011 circa 80 Beratungen zu folgenden Problemkreisen und Anlässen vorgenommen:

- „Ein Hotel für alle“ mit den Schwerpunkten Bewegungsraum und Greifhöhe, Orientierungshilfen für Blinde und Sehbehinderte sowie Hilfen für Gäste mit Hörschwäche.
- Stellungnahme zur Musterbauordnung (MBO) und Musterverordnung über Anforderungen an Einrichtungen und Wohnungen für volljährige Personen mit Pflegebedürftigkeit oder Behinderung (MWoPV).
- Barrierefreier Tourismus: Zuarbeit zum Wegweiser Berlin-Brandenburg – Ergänzung der BSK-Urlaubsziele.
- Wohnungsbau: Beratung zur staatlichen Wohnungsbauförderung mit KfW-Darlehen zwecks Zuschuss für eine einzelne Umbaumaßnahme von der Pflegekasse, Berufsgenossenschaft oder Unfallhilfe unter dem Aspekt der Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit, Bearbeitung einer Grundrissänderung zur rollstuhltauglichen Anpassung einer Wohnung für ein Familienmitglied mit hohem Pflege- und Therapiebedarf, einschließlich zusätzlicher Hebeeinrichtungen (Lift, Aufzug)
- REHACARE 2011: Beratungsgespräche am BSK-Messestand zum barrierefreien Planen und Bauen sowie zu den Bedingungen für Reisende mit eingeschränkter Mobilität.



Christian Steinmann

Heike Witsch – Barrierfreier Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

Neben der Bearbeitung zahlreicher Anrufe und E-Mails von Menschen mit Behinderung, die Probleme im Nah- und Fernverkehr hatten, nahm die Gremienarbeit wieder einen großen Teil der Tätigkeit ein:

2.5 EXPERTEN

- Mitarbeit in der programmbegleitenden Arbeitsgruppe der Deutschen Bahn (DB).
- Mitarbeit an Zielvereinbarungsverhandlungen beim Bundeskompetenzzentrum Barrierefreiheit (BKB),
- Mitarbeit im Fahrgastbeirat Schleswig-Holstein,
- Mitarbeit am Runden Tisch für mobilitätsbehinderte Reisende bei der LVS (Aufgabenträger in Schleswig-Holstein),
- Mitarbeit an der Erarbeitung einer Checkliste zur Barrierefreiheit in Nahverkehrsplänen (auf Einladung des Wirtschaftsministeriums),
- Teilnahme am jährlichen LVS-Kongress in Kiel,
- Arbeitsgespräch mit dem Bahnmanager in Kiel, der für zahlreiche Bahnhöfe in Schleswig-Holstein zuständig ist (geplant sind regelmäßige Arbeitsgespräche),
- intensive Zusammenarbeit mit einem Eisenbahnverkehrsunternehmen bei den Umbauarbeiten im Bahnhof Heide, die erhebliche Probleme für behinderte Menschen mit sich brachten (Beteiligung des Eisenbahnbundesamtes),
- Teilnahme am Fachgespräch zur Bahnpolitik der Bundestagsfraktion Bündnis 90/die Grünen in Berlin (als Referentin).



Heike Witsch

BSK-Experte Michael Wolter – Barrierefreies Bauen (DIN-Normen)

Im Jahr 2011 kamen folgenden Anfragen per E-Mail:

- vier Anfragen zu baurechtlichen Fragen beziehungsweise Vorschriften
- 17 Anfragen zu Fördermöglichkeiten
- 12 Planungsvorlagen auf barrierefreies Bauen prüfen
- fünf Anfragen zu den DIN-Normen



Michael Wolter

Mit der Software „Baurecht für die am Bau Beteiligten“ von LexisNexis kann ich baurechtliche Fragen klären und so nach Gerichtsurteilen, landesrechtlichen Bauvorschriften usw. recherchieren.

Die Toiletten der BSK-Repräsentanz in Berlin habe ich mir angesehen und eine Stellungnahme für den Vorstand erarbeitet.

Zudem war ich als BSK-Experte Jurymitglied beim Wettbewerb der Europäischen Kommission, an dem sich 18 Städte aus Deutschland beteiligt haben. Dabei wurde die Barrierefreiheit der Städte untersucht und bewertet.

3.1 Vorbemerkung

In der Deligiertenversammlung vom 22. Oktober 2011 wurde die Solidaris-Revisions-GmbH, Zweigniederlassung Freiburg, zum Jahresabschlussprüfer für den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2011 gewählt.

Gegenstand der Prüfung durch die Solidaris-Revisions-GmbH waren die Buchführung, sowie der aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und Anhang bestehende Jahresabschluss. Der vorliegende Jahresabschluss wurde nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften aufgestellt. Die Prüfung erstreckte sich darauf, ob die für die Rechnungslegung geltenden gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung beachtet worden sind.

Die Jahresabschlussprüfung wurde nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen.

Der Gegenstand der Prüfung wurde auftragsgemäß erweitert um die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung auf Basis des Kriterienkatalogs des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands, Landesverband Baden-Württemberg e.V. sowie die Prüfung der Einhaltung der Selbstverpflichtung für Mitgliedsorganisationen des Deutschen Spendenrats e.V., soweit sie die Rechnungslegung betrifft.

Nach dem abschließenden Ergebnis der Prüfung erteilte die Solidaris-Revisions-GmbH, Zweigniederlassung Freiburg, nachstehenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk:

3.1.1 Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Aufgrund der von uns durchgeführten Prüfung und der uns gegebenen Aufklärungen und Nachweise haben wir den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2011 des Bundesverbandes Selbsthilfe Körperbehinderter e.V., Krautheim, mit dem im Folgenden wiedergegebenen Bestätigungsvermerk versehen:

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – des Bundesverbandes Selbsthilfe Körperbehinderter e.V., Krautheim, unter Einbeziehung der Buchführung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung des Jahresabschlusses nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter des Bundesverbandes Selbsthilfe Körperbehinderter e.V., Krautheim. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine

Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden.

Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Bundesverbandes Selbsthilfe Körperbehinderter e.V., Krautheim, sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung und Jahresabschluss überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Bundesverbandes Selbsthilfe Körperbehinderter e.V., Krautheim.

Freiburg i. Br., 29. Juni 2012

Solidaris Revisions-GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft
Zweigniederlassung Freiburg

(Wedekind)
Wirtschaftsprüfer

(Krock)
Vereidigter Buchprüfer

3 WIRTSCHAFTLICHER BERICHT

3.2 Bilanz zum 31. Dezember 2011

Erläuterung zur Bilanz

Die Bewertung der **immateriellen Vermögensgegenstände** und der **Sachanlagen** erfolgt zu Anschaffungs- und Herstellungskosten abzüglich planmäßiger linearer Abschreibungen. Den Zugängen von 2 TEUR bei den immateriellen Vermögensgegenständen, 2 TEUR bei Gebäuden und 40 TEUR bei der Betriebs- und Geschäftsausstattung stehen planmäßige Abschreibungen von 388 TEUR und Abgänge von 39 TEUR gegenüber.

Die **Finanzanlagen** in Höhe von 169 TEUR enthalten Beteiligungen von 124 TEUR sowie Ausleihungen an die Tochtergesellschaft BSK Service GmbH von 45 TEUR.

Die Beteiligungen betreffen die BSK Service GmbH (51 TEUR), die Eduard-Knoll-Wohnzentrum GmbH (51 TEUR) sowie die Krautheimer Werkstätten für Menschen mit Behinderung gGmbH (22 TEUR). Gegenüber dem Vorjahr verminderten sich die Finanzanlagen auf Grund Tilgungsleistungen bei den Ausleihungen um 6 TEUR. Die Bewertung erfolgt zu Anschaffungskosten bzw. dem zum Bilanzstichtag niedrigeren beizulegenden Wert.

Die **Vorräte** von 19 TEUR betreffen Druckerzeugnisse sowie Klein- und Werbeartikel. Die Bewertung erfolgt zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten.

Die **Forderungen** von 43 TEUR enthalten Forderungen aus Lieferungen und Leistungen von 7 TEUR (Vorjahr: 9 TEUR), kurzfristige Forderungen gegenüber den Tochtergesellschaften von 0 TEUR (Vorjahr: 27 TEUR) sowie sonstige Vermögensgegenstände von 36 TEUR (Vorjahr: 71 TEUR). Die sonstigen Vermögensgegenstände beinhalten unter anderem ausstehende Zuschüsse, Forderungen aus Zinsabgrenzung sowie Forderungen aus Versicherungserstattungen. Die Bewertung erfolgt zu Nominalwerten. Für drohende Ausfälle wurden Wertberichtigungen von 1 TEUR gebildet.

Die **Wertpapiere** und **Guthaben bei Kreditinstituten** sind zu Anschaffungskosten bzw. Nominalwerten angesetzt. Soweit Kurswerte unter den Anschaffungskosten liegen, wird der niedrigere Wert angesetzt.

Das **Eigenkapital** erhöhte sich auf Grund des Jahresüberschusses 2011 von 78 TEUR von 5.493 TEUR auf 5.571 TEUR.

Bilanz zum 31. Dezember 2011				Vorjahr	
AKTIVSEITE	EUR	EUR	EUR	TEUR	TEUR
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		2.114,00			2
II. Sachanlagen					
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten, einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	8.687.682,09			9.093	
2. Betriebs- und Geschäftsausstattung	64.966,00			43	
3. Anlagen im Bau	2.320,00	8.754.968,09		2	9.138
III. Finanzanlagen		169.058,09	8.926.140,18		175
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte		19.253,75			15
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände					
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	6.819,40			10	
2. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00			27	
3. Sonstige Vermögensgegenstände	36.542,87	43.362,27		70	107
III. Wertpapiere		571.226,90			824
IV. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		2.884.689,60	3.518.532,52		2.580
C. Rechnungsabgrenzungsposten			1.437,65		1
Bilanzsumme			12.446.110,35		12.842

3 WIRTSCHAFTLICHER BERICHT

Der **Sonderposten** aus Zuschüssen und Zuweisungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens minderte sich gegenüber dem Vorjahr um 144 TEUR. Die Zuschüsse wurden unter der Bedingung einer zweckentsprechenden Mittelverwendung gegeben. Im Falle einer nicht zweckentsprechenden Mittelverwendung haben sich die Zuschussgeber einen zeitanteiligen Rückzahlungsanspruch vorenthalten. Dieser Anspruch ist in der Regel dinglich gesichert.

Die sonstigen **Rückstellungen** (§ 249 HGB) werden nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung in Höhe des voraussichtlichen Erfüllungsbetrages bemessen. Sie enthalten Resturlaub, Jahresabschlusskosten und vor allem in früheren Jahren gebildete Instandhaltungsrückstellungen. Die Minderung gegenüber dem Vorjahr von 62 TEUR betrifft überwiegend die Instandhaltungen.

Die **Verbindlichkeiten** von 2.855 TEUR betreffen Darlehenschulden gegenüber Kreditinstituten von 2.261 (2.395 TEUR), Lieferantenschulden von 41 TEUR (Vorjahr 65 TEUR), Verbindlichkeiten gegenüber den Tochtergesellschaften von 267 TEUR (Vorjahr 293 TEUR) und sonstige Verbindlichkeiten von

286 TEUR (Vorjahr: 371 TEUR). Die Verbindlichkeiten sind mit ihrem jeweiligen Erfüllungsbetrag passiviert. Die Darlehen wurden mit 161 TEUR getilgt. Dieser Abnahme steht ein Zugang von 27 TEUR gegenüber. Die sonstigen Verbindlichkeiten betreffen vor allem ein Darlehen des KVJS (218 TEUR) sowie noch zu verwendende Nachlässe und Spenden von 48 TEUR.

Rechnungsabgrenzungsposten werden nach § 250 HGB gebildet und betreffen Zahlungsein- und -ausgänge für 2012.

Bilanz zum 31. Dezember 2011				Vorjahr
PASSIVSEITE		EUR	EUR	TEUR
A.	Eigenkapital			
I.	Kapital	3.572.837,02		3.573
II.	Rücklagen	1.972.926,00		1.973
III.	Verlustvortrag	-53.089,83		-55
IV.	Jahresüberschuss	78.312,34	5.570.985,53	+2
				5.493
B.	Sonderposten aus Zuschüssen und Zuweisungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens		3.695.911,00	3.840
C.	Rückstellungen			
	Sonstige Rückstellungen		321.449,00	383
D.	Verbindlichkeiten			
1.	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.260.746,11		2.395
2.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	40.635,45		65
3.	Verbindlichkeiten gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	266.665,00		293
4.	Sonstige Verbindlichkeiten	286.527,46	2.854.574,02	371
				3.124
E.	Rechnungsabgrenzungsposten		3.190,80	2
Bilanzsumme			12.446.110,35	12.842

3 WIRTSCHAFTLICHER BERICHT

3.3 Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011

		Vorjahr			
		EUR	EUR	TEUR	TEUR
1.	Umsatzerlöse	78.335,54		54	
2.	Zuweisungen und Zuschüsse zu Betriebskosten	99.637,63		89	
3.	Sonstige betriebliche Erträge	1.613.813,37	1.791.786,54	1.705	1.848
4.	Personalaufwand				
	a) Löhne und Gehälter	536.075,71		500	
	b) Sozialabgaben, Altersversorgung und sonstige Aufwendungen	132.217,03		129	
5.	Materialaufwand				
5.1.	Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren				
	a) Lebensmittel	1.784,59		5	
	b) Wasser, Energie, Brennstoffe	51.547,05		43	
	c) Wirtschaftsbedarf	36.874,94		19	
5.2.	Bezogene Leistungen				
	Wirtschaftsbedarf	12.993,78	771.457,10	1	697
	Zwischenergebnis		+1.020.329,44		+1.151
6.	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	157.476,37		153	
7.	Abschreibungen				
	a) Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	388.059,99		458	
	b) Abschreibungen auf Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen	34,84		2	
8.	Sonstige betriebliche Aufwendungen				
	a) Verwaltungsbedarf	250.421,71		247	
	b) Aufwendungen für Instandhaltung und Instandsetzung	81.040,78		201	
	c) Steuern, Abgaben, Versicherungen	33.274,89		35	
	d) Mieten, Pachten, Leasing	19.368,97		11	
	e) Sonstige Aufwendungen	300.070,93		327	
	f) Individualhilfen, Unterstützungen	0,00	-914.795,74	0	-1.128
	Zwischenergebnis		+105.533,70		+23
9.	Zinsen und ähnliche Erträge	77.048,66		76	
10.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	104.270,02	-27.221,36	97	-21
11.	Jahresüberschuss		+78.312,34		+2

3 WIRTSCHAFTLICHER BERICHT

Der Verein schließt das Geschäftsjahr 2011 mit einem Jahresüberschuss von 78 TEUR (Vorjahr Jahresüberschuss von 2 TEUR).

service (32 TEUR), Schriften (120 TEUR), Agenturaufwendungen (30 TEUR), Aufwendungen für Projekte (34 TEUR) sowie Zuweisungen an die BSK-Service GmbH (30 TEUR).

Nachstehend werden die wesentlichen Posten und ihre Veränderungen gegenüber dem Vorjahr erläutert.

Die **Umsatzerlöse** von 78 TEUR betreffen mit 77 TEUR Anzeigen und Kleinverkäufe und mit 1 TEUR ein Gästehaus.

Die **Zuschüsse** von 100 TEUR erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 11 TEUR. Sie enthalten überwiegend Zuweisungen der Agentur für Arbeit, des Integrationsamtes sowie Lotteriezuschüssen.

Unter den **sonstigen betrieblichen Erträgen** werden insbesondere Spendenerträge (986 TEUR) und Mieterträge (465 TEUR) ausgewiesen. Gegenüber dem Vorjahr haben sich keine wesentlichen Veränderungen ergeben.

Für 2011 ergeben sich **Personalkosten** von 668 TEUR: Im Jahresdurchschnitt waren 2010 15,03 Vollkräfte (Vorjahr: 14,01 Vollkräfte) beschäftigt. Es wurden durchschnittlich 24 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt.

Der **Materialaufwand** erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 34 TEUR. Der Anstieg betrifft vor allem Energie- und Reinigungskosten.

Der Posten **Abschreibungen** enthält planmäßige Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und auf das Sachanlagevermögen.

Bei den sonstigen **betrieblichen Aufwendungen** in Höhe von 684 TEUR ergibt sich folgendes:

Der **Verwaltungsbedarf** in Höhe von 250 TEUR betrifft überwiegend Porto bzw. Bankgebühren (61 TEUR), Reisekosten bzw. Schulungen (38 TEUR), Öffentlichkeitsarbeit (40 TEUR), EDV-Aufwand (14 TEUR) sowie Rechts- und Beratungskosten (39 TEUR). Größere Veränderungen gegenüber dem Vorjahr sind nicht zu verzeichnen.

Der Aufwand für **Instandhaltungen** minderte sich gegenüber dem Vorjahr um 120 TEUR auf 81 TEUR. Diese Entwicklung wird vor allem durch in 2010 enthaltene Abbruchkosten von 142 TEUR verursacht.

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** in Höhe von 300 TEUR enthalten vor allem Aufwendungen für Mitglieder-

3 WIRTSCHAFTLICHER BERICHT

3.4 Vier-Sparten-Rechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011

	2011	2010
	EUR	EUR
IDEELLER BEREICH		
1. Spendenerträge	856.575,08	898.661,06
2. Zuschüsse	99.637,63	89.031,58
3. Mitgliedsbeiträge	88.758,46	84.945,64
4. Bußgelder	54.520,00	57.980,00
5. Sonstige Erträge	116.621,18	124.727,56
6. Aufwendungen zur Erfüllung der satzungsmäßigen Zwecke	-349.958,01	-387.352,21
7. Verwaltungsaufwendungen	-345.765,75	-316.087,01
davon Personalkosten	166.015,14	118.442,00
davon Fahrtkosten	33.448,11	32.622,74
davon EDV-Kosten	13.119,06	23.109,35
davon Abschreibungen/Raumkosten	16.700,19	18.256,74
8. Werbeaufwendungen	-422.928,25	-424.879,75
davon Personalkosten	198.826,67	181.542,95
davon Bußgeldmarketing	15.718,34	26.270,56
davon Spendengewinnung und Betreuung	32.112,26	76.047,17
9. Sonstige Aufwendungen	-59.021,99	-52.209,68
10. Ergebnis des ideellen Bereichs	38.438,36	74.817,19
WIRTSCHAFTLICHER BEREICH		
11. Umsatzerlöse aus wirtschaftlichen Geschäftsbetrieben	77.875,22	54.097,50
12. Aufwendungen aus wirtschaftlichen Geschäftsbetrieben	-67.683,88	-44.572,80
13. Ergebnis des wirtschaftlichen Bereichs	10.191,34	9.524,70
FINANZBEREICH		
14. Erträge aus Beteiligungen und Immobilienverwaltung	492.566,11	508.347,03
15. Erträge aus Wertpapieren	12.865,52	15.670,29
16. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	64.261,17	76.129,83
17. Sonstige Erträge aus Immobilienverwaltung	162.631,20	167.551,47
18. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	-14.420,03	-2.027,50
19. Aufwendungen aus Immobilienverwaltung	-592.164,27	-744.309,83
20. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-89.849,99	-96.949,92
21. Ergebnis des Finanzbereichs	35.889,71	-75.588,63
STEUERAUFKOMMEN		
22. Sonstige Steuern	-6.207,07	-6.678,17
23. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	78.312,34	2.075,09

3 WIRTSCHAFTLICHER BERICHT

Anmerkungen zur Vier-Sparten-Rechnung

Gegenüber der Gewinn- und Verlustrechnungen werden einzelne Aufwands- und Ertragsarten teilweise umgegliedert.

Nachstehend werden die wesentlichen Veränderungen erläutert:

Die **Spendenerträge** haben sich um 42 TEUR vermindert. Diese Entwicklung beruht vor allem auf den rückläufigen Spenden von Fördermitgliedern (-41 TEUR).

Die sonstigen Erträge in Höhe von 117 TEUR enthalten unter anderem 50 TEUR Erträge aus der Auflösung von Instandhaltungsrückstellungen. Des Weiteren sind 9 TEUR (Vorjahr: 35 TEUR) periodenfremde Erträge enthalten.

Die Aufwendungen zur **Erfüllung der satzungsgemäßen Zwecke** in Höhe von 350 TEUR enthalten unter anderem 182 TEUR Personalkosten, 34 TEUR Aufwendungen für Projekte bzw. institutionelle Förderung und 50 TEUR für die Zeitschrift.

In den **Verwaltungsaufwendungen** sind vor allem Personalkosten berücksichtigt. Dabei assistieren teilweise Mitarbeiter/innen anderen Mitarbeiter/innen mit Behinderung in ihrem Arbeitsalltag. Als größter Sachkostenposten sind die

Fahrtkosten zu nennen, die für einen bundesweit agierenden Verband mit mobilitätseingeschränkten Personal überproportional hoch ausfällt.

In den **Werbeaufwendungen** sind vor allem Personalkosten berücksichtigt. Dabei assistieren teilweise Mitarbeiter/innen anderen Mitarbeiter/innen mit Behinderungen in ihrem Arbeitsalltag. Als größter Sachkostenposten sind Portoaufwendungen (52 TEUR), Aufwendungen für Broschüren und Kalender (70 TEUR) Mitgliederservice (32 TEUR) enthalten.

Die **sonstigen Aufwendungen** von 59 TEUR betreffen vor allem Versicherungen, Mieten und Kfz-Kosten.

Der **wirtschaftliche Bereich** betrifft Einnahmen aus dem Anzeigengeschäft für die Verbandszeitung LEBEN&WEG und das BSK-Gästehaus.

Im **Finanzbereich** sind zwei Säulen vorhanden: die größere im Bereich der Immobilienverwaltung, die kleinere im Bereich der Geldanlagen. Die Aufwendungen im Immobilienbereich beruhen vor allem auf durch einen Sanierungsstau notwendig gewordene Instandhaltungen.

Mehrjahresvergleich

	2011	2010	2009	2008	2007	2006	2005
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Mitgliedsbeiträge	89	85	78	82	87	89	100
Förderbeiträge	600	641	623	658	720	793	888
Spenden und Sammelaktionen	257	258	270	243	222	302	260
Miet-/Pachteinnahmen	465	471	466	466	460	434	469
Redaktion LEBEN&WEG	7	8	8	9	9	11	6
Anzeigenerträge	52	36	34	23	15	41	0
Sonstige	0	0	11	10	5	4	2
Personalaufwand 1)	613	573	577	569	611	653	718
Investitionen	44	59	6	53	220	426	103
Immaterielle Vermögensgegenstände	2	3	1	2	0	3	25
Sachanlagen	42	56	5	51	220	423	78
Abschreibungen	388	458	451	462	477	479	485
Immaterielle Vermögensgegenstände	1	2	1	8	10	10	15
Sachanlagen	387	456	450	454	467	469	470
Jahresergebnis	78	2	-55	350	121	-60	-187

1) Gegenüber der Gewinn- und Verlustrechnung ohne Fahrtkosten und Aufwandsentschädigungen

3 WIRTSCHAFTLICHER BERICHT

3.4.1 Gewährte Zuschüsse

Der BSK e.V. unterstützt seine Tochtergesellschaften bzw. die Untergliederungen, damit sie entweder satzungsgemäß

übertragene Aufgaben ausführen bzw. vor Ort (lokal/regional) im Sinne der Satzung tätig sind. Dafür gewährt der BSK e.V. entsprechende Zuschussmittel:

Zuschussempfänger	2011	2010	2009	
BSK-Service GmbH	30.000,00 €*	30.000,00 € *	30.000,00 € *	* Vereinbarung bis 2011
Krautheimer Werkstätten für Menschen mit Behinderung gGmbH	0,00 €	30.982,45 €	47.792,10 €	Zuschuss nach § 84 SGB XII (bis 2010)
Eduard-Knoll-Wohnzentrum GmbH	Finanzierung des Neubaus abzüglich Pacht			
Untergliederungen	22.788,81 €	40.156,79 €	43.938,92 €	institutionelle Förderung
	11.062,00 €			projektbezogene Förderung
	8.450,42 €	8.036,57 €	14.017,70 €	Ausschüttung Bußgelder für institutionelle Förderung
	0,00 €	6.216,46 €	0,00 €	Förderung 2. Bauabschnitt Neubau Erlensee
Untergliederungen gesamt	42.301,23 €	54.409,82 €	57.956,62 €	

In den Jahren 2009 und 2010 war die institutionelle und projektbezogene Förderung zusammengefasst. Ab dem Jahr

2011 gilt eine neue Förderrichtlinie, die die institutionelle und Projektförderung gesondert ausweist.

3.4.2 Erhaltene Zuschüsse:

Der BSK e.V. hat im Berichtsjahr folgende Zuschüsse für die Selbsthilfe- und Projektarbeit erhalten:

Zuschussgeber	Betrag	Verwendungszweck
DAK	6.000,00 €	Schulung SÜD „Peer Counseling in der Selbsthilfearbeit“
BARMER GEK	7.593,00 €	Schulung NORD „Peer Counseling in der Selbsthilfearbeit“
KKH-Allianz	5.189,93 €	ABC Pflegeversicherung (Nachdruck)
AOK	4.000,00 €	ABC Barrierefreies Bauen
GKV-Gemeinschaftsförderung Selbsthilfe auf Bundesebene	16.000,00 €	Institutionelle Förderung
BMG	7.661,15 €	Bereichsleitertagung „Menschen mit Behinderung im Krankenhaus“
Aktion Mensch	1.497,00 €	Schulung Verbandsklage „Aktiv gegen Diskriminierung: Was Verbände vor Gericht erreichen können“
	5.400,00 €	Reiseassistenz-Workshop (beantragt, noch nicht bewilligt)
GESAMT	53.341,08 €	

3.5 Interne Kontrollmechanismen

Um einen reibungslosen und sicheren Arbeitsablauf zu garantieren, stützt sich die operative Arbeit des Bundesvorstands und der Geschäftsstelle auf folgende Grundsätze:

- Einhaltung des 4-Augen-Prinzips
- Stellenbeschreibungen mit klaren Regelungen für Verantwortungs- und Zeichnungsberechtigung, Vertretungsregelung
- Regelmäßiges Controlling (Liquiditätsbetrachtung, Quartalsauswertungen)
- Zeitnahes Mahnverfahren
- Anerkennung der „Leitsätze der Selbsthilfe für die Zusammenarbeit mit Personen des privaten und öffentlichen Rechts, Organisationen und Wirtschaftsunternehmen, insbesondere im Gesundheitswesen“ der BAG SELBSTHILFE e.V. und des FORUMs im PARITÄTISCHEN GESAMTVERBAND durch den BSK und ab 2011 durch den Bundesvorstand
- Anerkennung der Selbstverpflichtungserklärung des Deutschen Spendenrates
- Orientierung an dem Corporate Governance sozial tätiger Unternehmen

3.6 Grundsätze für Finanzanlagen

Für Finanzanlagen gelten beim BSK e.V. hohe Sicherheitsanforderungen. Oberstes Ziel ist die Erhaltung des eingesetzten Kapitals bei einer möglichst ausgewogenen Rendite.

4 AUSBLICK FÜR DAS JAHR 2012

A) Im Bundesverband

1. Jugendarbeit

Das „Spielmobil für alle“ hat sich weiterhin erfolgreich entwickelt, so dass ein zweites Spielmobil mit einem Rollstuhlparcours für den BSK-Bereich Hannover und Umgebung e. V. angeschafft wird.

Nach dem Jahr 2010 wird eine weitere Jugendschulung für Ehrenamtliche angeboten. Das Thema lautet: „Jugend in der Selbsthilfearbeit – qualifizierte Jugendarbeit“.

2. Sozialpolitik

2.1 Der BSK e.V. bietet für seine Mitglieder und Ehrenamtlichen Schulungen zu den Themen „Heilmittel“ und „Selbsthilfearbeit im 21. Jahrhundert sicherstellen“ an.

2.2 Die BSK-Repräsentanz engagiert sich mit Aktionen und politischen Gesprächen für eine barrierefreie Fernbusrichtlinie. Da bei der Novellierung der Fernbusrichtlinie Barrierefreiheit keine Rolle spielen soll, wird eine Petition im Rahmen der 5. Mai Aktionen gestartet.

2.3 Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention bleibt weiter ein Aufgabenschwerpunkt des BSK e.V. Der BSK hat für sich selbst auf Basis seiner Selbstverpflichtungserklärung aus dem Jahr 2010 einen Aktionsplan erstellt. Dieser soll im gesamten Verband umgesetzt werden.

2.4 Das Behindertengleichstellungsgesetz (BGG) wird in diesem Jahr 10 Jahre alt. Es ist geplant, mit dem Bundesbehindertenbeauftragten Hubert Hüppe eine gemeinsame Veranstaltung durchzuführen, in der über eine Weiterentwicklung diskutiert werden soll.

3. Kommunikation und Medien

Der BSK wird wieder am Gemeinschaftsstand der BAG Selbsthilfe auf der REHACARE (Düsseldorf) vertreten sein. Daneben wird er sich erstmalig auf der IRMA (Internationale Reha- und Mobilitätsmesse) in Bremen einem interessierten Fachpublikum präsentieren.

Aufgrund der großen Nachfrage nach der neu aufgelegten Broschüre „ABC Pflegeversicherung“ wird diese nochmals in einer Auflage von 8.000 Stück nachgedruckt.

In der Neufassung befindet sich das „ABC der Heilmittelrichtlinien“, das Auskunft über die verschiedenen Heilmittel geben und auf der REHACARE vorgestellt werden soll.

Ausblick auf das Jahr 2012

Die Redaktion wird alles daransetzen, um die Attraktivität von LEBEN&WEG zu erhöhen, den Leserkreis zu erweitern, etwa durch verstärktes Herausstellen von BSK-Serviceleistungen wie Informationen für Hilfesuchende. Damit einhergehend soll das Anzeigenvolumen weiter erhöht werden. Inhaltlich wird die Auseinandersetzung mit Themen wie Mobilität, Barrierefreiheit und Sozialpolitik großen Raum einnehmen. Aber

auch den Themen Recht und Gesundheit wird die Redaktion weiter besondere Aufmerksamkeit widmen.

4. Zentrale Dienste/Immobilien

Beim Gebäudebestand sind weitere Sanierungsmaßnahmen geplant. Das barrierefreie 4-Familien-Haus wird komplett saniert und mit Hilfe des Internationalen Bauordens neu angestrichen.

B) In den Tochtergesellschaften

1. Eduard-Knoll-Wohnzentrum

Das Gebäude „Betreutes Wohnen“ wird im August fertiggestellt, so dass dann die ersten Bewohner/innen einziehen können. Für den 18. Oktober 2012 ist die offizielle Einweihung des Neubaus geplant.

2. Integrationsunternehmen

Nach der Bewilligung durch die Aktion Mensch und den Kommunalverband für Jugend und Soziales (KVJS) kann das Hohenloher Integrationsunternehmen (IU) im August mit der Essensversorgung und der Wäschereidienstleistung an den Start gehen.

Die Gesellschafter des IU (das Eduard-Knoll-Wohnzentrum, die Stadt Krautheim, Reha Südwest Karlsruhe und die St. Josefspflege Mulfingen) gründen hierzu eine gemeinnützige GmbH.

3. BSK Service GmbH

Der Reiseservice ist neben der REHACARE in Düsseldorf erstmalig auf der IRMA in Bremen vertreten.

Der Reiseservice plant im November wieder einen Europäischen Reiseassistenz-Workshop, in dem das Thema „Körperbehinderung“ um die Bereiche Umgang mit blinden und hörbehinderten Menschen erweitert wird.

C) In den Landesverbänden/ Landesvertretungen

In Zusammenarbeit mit der Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben (ISL) werden in Göttingen und Dresden zwei Schulungen zum Thema „Behinderung neu denken – Mehr Partizipation durch mehr Information“ veranstaltet.

Im Jahr 2012 werden folgende Jubiläen gefeiert:

- BSK-Bereich Singen-Hegau e.V. 40 Jahre
- BSK-Bereich Schweinfurt e.V. 40 Jahre
- BSK-Bereich Hohenlohe-Franken e.V. 20 Jahre





Bundesverband
Selbsthilfe
Körperbehinderter e.V.

BSK

Impressum

Herausgeber:

Bundesverband Selbsthilfe Körperbehinderter e.V.

Postfach 20, 74236 Krautheim

Telefon: 06294 4281-0, Fax: 06294 4281-79

info@bsk-ev.org, www.bsk-ev.org

Redaktion:

Denise K. Hartmann, Uli Mannsbart,

Isabella Savic, Ulf-D. Schwarz,

Layout und Titelgestaltung:

Christine Großkinsky, www.gestalterei.net

Titelfoto: BSK-Archiv

Fotos Innenteil: BSK-Archiv

Druck:

Flyeralarm, Würzburg

Stand:

Juli 2012



**Bundesverband
Selbsthilfe
Körperbehinderter e.V.**